



# Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 08. Juli 2024**  
in der Welser Stadthalle stattgefunden

## 27. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr.  
Ende der Sitzung: 18.16 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 26. Sitzung des Gemeinderates vom 10.06.2024 liegt zur  
Einsichtnahme auf.

### **Männliche/weibliche Form im Text**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

## **Anwesende**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister: Gerhard Kroiß

3. Vizebürgermeisterin: Christa Raggl-Mühlberger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Ralph Schäfer BSc MSc

#### Gemeinderäte:

Thorsten Aspetzberger

DI Gunter Haydinger

Mag. Silke Lackner

Ingo Spindler

Sandra Wohlschlager

Fabian Bauer

Mag. Paul Hammerl, MA

KR. Herwig Karl Mayer, MBA

Ing. Olivera Stojanovic, BSc

Carmen Pühringer, MSc

Gerhard Bruckner

Christiane Kroiß

Ronald Schiefermayr

Anna Maria Wippl, BA BA

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

2. Vizebürgermeister: Mag. Klaus Schinninger

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Stefan Ganzert

#### Gemeinderäte:

Mag. Bernhard Humer

Laurien Scheinecker, BA

Mag. Hannah Stöger Müller, MBA

Silvia Huber, MPA

KR. Karl Schönberger

Gloria-Maria Umlauf

Christian Kittenbaumer

Johann Reindl-Schwaighofer MBA

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Dr. Martin Oberndorfer

#### Gemeinderäte:

Birgit Ebetshuber

Markus Wiesinger

Ludwig Vogl

Andreas Weidinger

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Thomas Rammerstorfer

#### Gemeinderäte:

Mag. Ralf Drack

Hülja Ylmaz

Miriam Faber

Alessandro Schatzmann

### **NEOS**

#### Gemeinderat

RegRat Walter Zaunmüller

### **MFG**

#### Gemeinderat

Jörg Wehofsich

### **Vom Magistrat:**

MD Dr. Peter Franzmayr

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schriftführer:**

W.OAR. Inge Maderthaler

Helga Rosenberger

Eva Helfert

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, weist darauf hin, dass die Sitzung aufgezeichnet und im Internet übertragen wird,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 28.06.2024 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bgm. Dr. Rabl: Gemäß § 20 Oö. Objektivierungsgesetz 1994 werden die Mitglieder des Personalbeirates durch den Gemeinderat bestellt. Die Dienstnehmervertreter werden auf Grund von Vorschlägen der Personalvertretung bestellt.

Nach der Neukonstituierung der Personalvertretung auf Grund der Personalvertretungswahlen am 25.04.2024 sind die Dienstnehmervertreter im Personalbeirat neu zu bestellen.

Ich verweise auf den versendeten Aktenvermerk, in dem der Wahlvorschlag der Personalvertretung zusammengefasst ist. Es gelten die normalen Beschlussfassungserfordernisse. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder des Gemeinderates.

Oö. Objektivierungsgesetz 1994  
Personalbeirat 2024 – Nachbesetzung Dienstnehmervertreter  
Verf-015-W-17-2024

Bgm. Dr. Rabl verweist auf den in Anlage 1 beigefügten Aktenvermerk.

Einstimmig angenommen.

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion an  
Vzbgm. Mag. Klaus Schininger betreffend  
Hort und GTS Pernau  
Verf-015-W-14-2024

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister,  
gemäß §10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

1. Wurden beim Bau des Kindergarten Lessingstraße ursprünglich Horträumlichkeiten eingeplant? Wenn ja, warum wurde diese Planung verworfen?

Antwort: Im Zuge des Neubaus der KBBE Lessingstraße waren zu keinem Zeitpunkt Horträumlichkeiten geplant. Geplant waren ausschließlich Kindergarten- und Krabbelstübengruppen. Aufgrund der Grundstückgröße waren weitere Gruppenräume, vor allem in der für den Hort notwendigen Anzahl einschließlich der erforderlichen Gartenflächen nicht möglich.

2. Warum musste der Hort Pernau in die VS 4 übersiedeln?

Antwort: Geplant war, dass in einem ersten Schritt die KBBE Negrellistraße errichtet werden soll. In einem zweiten Schritt war die Übersiedelung der Kindergartengruppen der KBBE Lessingstraße in die KBBE Negrellistraße bei gleichzeitiger Inbetriebnahme von zwei dringend benötigten Krabbelstübengruppen geplant, was auch in dieser Form umgesetzt wurde. Als dritter Schritt folgte der Abriss und Neubau der KBBE Lessingstraße, weshalb auch für die Hortgruppen eine vorübergehende räumliche Lösung gefunden werden musste. Die vorübergehende Unterbringung in der VS 4 stellte die wirtschaftlichste und zweckmäßigste Lösung dar.

3. Wurden damals Alternativen zu Unterbringung des Hortes in der VS 4 geprüft?

Antwort: Ja.

4. War die Unterbringung des Hortes Pernau in der VS 4 von Anfang an als Übergangslösung geplant?

Antwort: Ja, diese Maßnahme war als Übergangslösung während des Abbruchs und des Neubaus der KBBE Lessingstraße vorgesehen. Es war auch immer geplant, dass nach Fertigstellung der KBBE Lessingstraße die 4 Kindergartengruppen der Herderstraße in die Lessingstraße übersiedeln und mit Krabbelstübengruppen ergänzt werden. Der Hort sollte zu guter Letzt in den dadurch freiwerdenden Gruppenräumen der Herderstraße untergebracht werden, da die Anzahl der Gruppenräume für den Hort ausreichte. Durch einen Gemeinderatsbeschluss, auf Antrag der FPÖ, kam es schlussendlich nicht dazu.

5. Wenn ja, ging es um einen Übergang bis zur endgültigen Schließung des Hortes oder bis ein neues Quartier gefunden wird?

Antwort: Wie gesagt, es war die Unterbringung des Hortes in der KBBE Herderstraße geplant.

6. Wann und von wem wurden Sie darüber informiert, dass der Hort mit Ende des Schuljahres 23/24 nicht mehr in der Schule bleiben kann?

Antwort: Am 19.3.2024 per E-Mail von Direktorin Elke Leitner-Kraml.

7. Wer hat diese Entscheidung getroffen?

Antwort: Die Schulleitung.

8. Wann und von wem wurden die Eltern der Hortkinder über die bevorstehende Schließung informiert?

Antwort: Die Eltern wurden in einem Elternbrief, welcher von der Abteilungsleitung in Abstimmung mit dem Referenten verfasst und am 25.3.2024 von der Hortleitung an die Eltern weitergeleitet wurde, informiert. Darüber hinaus fand am 2.4.2024 ein Elternabend im Hort Pernau statt.

9. Wann und von wem wurde die Hortleitung und das Hortpersonal über diesen Umstand informiert?

Antwort: Unverzüglich von der Dienststellenleitung.

10. Was wurde konkret unternommen, um ein neues Quartier zu finden?

Antwort: Bekanntgabe des Raumbedarfs an das Wirtschaftsservice mit der Bitte um Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten. Dies im Jänner 2024 (konkret am 16.1.2024), da wir die Entscheidung der Schulleitung bereits befürchteten. Weiters haben wir versucht über teils private Verbindungen zu geeigneten Räumlichkeiten zu kommen.

11. Gab es konkrete Angebote (schriftlich oder mündlich) für eine neues Quartier? Wenn ja, welche?

Antwort: Ja, sowohl schriftlich als auch mündlich. Leider waren diese nicht geeignet für einen Hort.

12. Wurde die Möglichkeit einer Containerunterkunft im Garten des Kindergartens Herderstraße geprüft? Wenn ja, wie wurde diese Möglichkeit bewertet? Wenn nein, warum nicht?

Antwort: Es wurde darüber gesprochen, es erfolgte aber keine Prüfung. Da aufgrund der GTS ein Betreuungsangebot vor Ort gegeben ist, stellte sich die Frage, inwiefern die Schaffung einer auf Dauer eingerichteten Containerlösung auch und vor allem im Sinne der Kinder zielführend ist.

13. Wurde mit dem Bürgermeister und Finanzreferenten Dr. Andreas Rabl über die Finanzierung eines Ersatzquartiers für den Hort Pernau gesprochen? Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?

Antwort: Der Herr Bürgermeister und ich haben diese Thematik mehrfach erörtert. Unter anderem bei unseren regelmäßigen gemeinsamen Jour Fix-Runden. So zum Beispiel, als kleiner Auszug unserer vielen Gespräche, am 1.2., 29.2., 28.3., 18.4., 25.4. und zuletzt am 4.7. Dazwischen immer wieder, wenn wir uns getroffen haben. Beide waren wir stets an einer Weiterführung des Hortes interessiert.

14. Gibt es aktuell noch Anstrengungen den Hort Pernau vor der Schließung zu retten?

Antwort: Durch unsere Gespräche, unter anderem mehrmals auch mit Vertretern der Bildungsdirektion, können wir den Hort im Schuljahr 2024/2025 nochmals offenhalten.

15. Viele Eltern profitieren vom Angebot der Horte, weil im Vergleich zu den GTS der Personalschlüssel wesentlich höher ist, Randzeiten – speziell in den Welser

Volksschulen – besser abgedeckt sind (Frühdienst ab 6:30 Uhr/Spätdienst bis 18 Uhr) und die Kinder mehr Zeit für die Erledigung der Hausübung haben. Welche Maßnahmen zum Erhalt der Welser Horte werden gesetzt?

Antwort: Wie sie wahrscheinlich wissen, ist die Strategie des Landes OÖ die Ausweitung der GTS und ein Zurückfahren der Horte. Die Stadt Wels wird das Angebot an GTS-Plätzen weiter ausbauen und die bestehenden Horte natürlich weiter betreiben. Angemerkt wird, dass die Betreuungszeiten der GTS vom Schulerhalter angepasst werden können, sodass die in der Frage aufgeworfenen Problemstellungen in der geschilderten Form im Bedarfsfall problemlos lösbar sind.

16. Welche Überlegungen gibt es zu den Randzeiten der GTS (Frühdienst ab 6:30 Uhr/Spätdienst bis 18.00 Uhr), speziell in den Welser Volksschulen?

Antwort: Wie bei Frage 15. ausgeführt, können notwendige Anpassungen im Bedarfsfall vorgenommen werden. Das Bildungsinvestitionsgesetz sieht sogar ausdrücklich eine verpflichtende Öffnung der GTS bis 18.00 Uhr bei entsprechendem Bedarf vor! Auch ab 7.00 Uhr muss bei entsprechendem Bedarf die GTS geöffnet werden.

17. Gibt es Überlegungen den Personalschlüssel in der GTS zu verbessern?

Antwort: Hier ist anzumerken, dass bereits jetzt der Personalschlüssel in der GTS in den Pflichtschulen, bei welchen die Stadt Wels Schulerhalter ist, beinahe doppelt so hoch wie vom Bund vorgegeben ist.

18. Wird die fachliche Kompetenz des GTS-Personals für den Freizeitbereich von der Stadt geprüft?

Antwort: Es gibt konkrete Vorgaben welche formellen Erfordernisse von Freizeitpädagogen erfüllt sein müssen. Die Vertragspartner achten bei der Personalauswahl auf die Einhaltung dieser Erfordernisse. Diese werden von uns geprüft.

19. Droht durch die Eröffnung einer GTS in der Volksschule Lichtenegg langfristig die Schließung oder Verkleinerung eines Hortes in der Vogelweide oder in Wimpassing?

Antwort: Nein.

20. Ist der Erhalt der bestehenden Welser Horte, so wie im Bildungsinvestitionsgesetz vorgeschrieben, in Zukunft trotz Ausbau der GTS gesichert?

Antwort: Ja. Eine Vorschrift im Bildungsinvestitionsgesetz, welche eine Erhaltung der Horte festlegt, ist uns nicht bekannt.

GR. Faber: Im Bildungsinvestitionsgesetz steht schon, dass die GTS die Horte nicht verdrängen, sondern dass es ein Parallelsystem geben soll. Der Herr Bürgermeister sagte jedoch bereits öfters, dass die Horte ein Auslaufmodell sind. Wie sieht die Finanzierung dafür aus, wenn der politische Wille von der FPÖ eigentlich dafür fehlt?

Vzbgm. Mag. Schinninger: Der politische Wille dafür in Wels fehlt nicht. Der Herr Bürgermeister und ich verständigten uns darauf die GTS-Plätze auszubauen und weiterhin die bestehenden Horte in Wels zu betreiben. Damit ist die Finanzierung ganz klar festgelegt.

#### Absetzung eines Tagesordnungspunktes:

Bgm. Dr. Rabl: Bevor wir nun in die Tagesordnung eingehen ist festzuhalten, dass es hinsichtlich der Tagesordnung noch eine Änderung gibt. Es soll der Punkt 8 - Verkauf Grundstück Nr. 192/9 EZ 504 KG 51224 Pernau (Teil Garnisonstraße) an die Republik Österreich (Heeresverwaltung), LV-026-01-22-2021, von der Tagesordnung abgesetzt werden. Hier ist der straßenrechtliche Verordnungsplan noch nicht fertig. Das braucht eine Zweidrittelmehrheit des Gemeinderates. Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Absetzung des Punktes 8. von der Tagesordnung.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Absetzung des Punktes 8. von der Tagesordnung wird  
einstimmig angenommen.

#### Umreihung der Tagesordnung:

Bgm. Dr. Rabl: TOP 11. wird vor TOP 1. behandelt, weil wir bei TOP 3 über die Kreditüberschreitung und Kreditübertragungen abstimmen müssen. Die Umreihung der Tagesordnung obliegt dem Bürgermeister, eine Abstimmung dazu ist nicht vorgesehen. Ich übernehme auch die Berichterstattung in diesem Zusammenhang, da Vzbgm. Kroiß sich bei TOP 11. für befangen erklärt hat.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Ziehen wir den TOP 12. auch vor, weil dieser ebenso die Kreditoperationen beinhaltet?

Bgm. Dr. Rabl: Das stimmt, aber da zeichnet sich eine eindeutige Mehrheit ab, insofern ist dies ein untergeordneter Grund. Beim Ausschuss hat sich ÖVP und SPÖ der Stimme enthalten, die GRÜNEN waren dagegen. Hier zeichnet sich keine eindeutige Mehrheit ab, deswegen wird dieser vorgezogen. Hingegen ist bei dem anderen eine Mehrheit ersichtlich und sie sind daher auch unterschiedlich zu behandeln.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

11.)

Polizeisportverein Wels;  
Neuerrichtung der Schießhalle und Sanierung des  
Vereinsgebäudes; Abschluss diverser Verträge  
BK-Sport-142-2022 miterledigt:  
LV-026-02-10-2024

Der Antrag (Anlage 2) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 24.06.2024:

1. Beiliegende Subventionsvereinbarung (Beilage 1) zwischen der Stadt Wels und dem Polizeisportverein Wels betreffend die Gewährung einer Subvention in Höhe von € 1,919.331,29 für die Neuerrichtung der Schießhalle und die Sanierung des Vereinsgebäudes sowie
2. der beiliegende Kaufvertrag (Beilage 2) zwischen der Stadt Wels und dem Polizeisportverein Wels betreffend den Erwerb des Grundstücks Nr. 720/2 EZ 2144 KG 51215 Lichtenegg durch die Stadt Wels zu einem Kaufpreis von € 1,000.000,-- und der
3. beiliegende Baurechtsvertrag (Beilage 3) zwischen der Stadt Wels und dem Polizeisportverein Wels betreffend Einräumung eines unentgeltlichen Baurechts über achtzig Jahre auf dem Grundstück Nr. 720/2 EZ 2144 KG 51215 Lichtenegg

werden beschlossen.

GR. Bruckner: Ich war gestern das erste Mal bei diesem Schießstand des PSV, um mir vor Ort eine Meinung zu bilden. Der Zustand des Schießstandes ist erbärmlich, katastrophal und desaströs. Es ist augenscheinlich, dass der Schießstand schon in die Jahre gekommen ist und nicht mehr den heutigen Sicherheitsanforderungen entspricht. Wenn der Schießsport keine Randsportart wäre, dann hätte man schon vor Jahrzehnten etwas gemacht. Der PSV versucht beim Bau einer neuen Halle sehr zukunftsorientiert zu planen. In dieser Halle würden noch drei Sportarten Platz finden, nämlich Schießsport, Bogenschießen und Pétanque. Der PSV hat über 1.000 Mitglieder und gehört zu den mitgliederstärksten Vereinen in Wels, was heutzutage nicht mehr selbstverständlich ist. Die Sektion Schießsport umfasst derzeit ca. 370 Schützen und bildet das Herz des Vereins.

Der PSV ist sehr zukunftsorientiert, hat aber natürlich auch Zukunftsängste. Der Obmann, Herr Michael Hager, teilte uns beim letzten Ausschuss in seiner Präsentation glaubhaft mit, dass es ohne Neuerrichtung der Schießhalle schon in wenigen Jahren keinen PSV mehr geben wird. Das ist auch sehr glaubwürdig.

Sehr geehrte Kollegen des Gemeinderates! Es sollte uns bewusst sein, dass wir heute über die Existenz und Zukunft des ASKÖ-Sportvereines und des PSV Wels abstimmen.



GR. Schatzmann: Heute soll der Gemeinderat über eine Subvention an den PSV in Höhe von 3 Mio. Euro entscheiden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 4,5 Mio. Euro, abzüglich aller Subventionen von Bund, Land und der Stadt Wels hätte der Verein nur mehr 10% der Kosten zu tragen. Von den städtischen Millionen sollen zwei als direkte Subvention ausbezahlt werden. Mit der letzten Million Euro soll das Grundstück gekauft werden, welches wir laut OÖNachrichten dem PSV schenken. Wir bekommen dafür einen völlig nutzlosen Baurechtsvertrag – in der Praxis gehört das natürlich weiterhin dem PSV. Dann subventionieren wir auch noch den laufenden Betrieb des PSV.

Die Kronen Zeitung berichtet von einem Verdacht der versteckten Subvention. Es ist mir wichtig zu betonen, dass dies keine Kritik am PSV an sich darstellt. Vielmehr möchte ich unsere gemeinsame Verantwortung gegenüber allen Welsern in den Vordergrund stellen. Angesichts des Budgetüberschusses und die Art und Weise wie der Herr Bürgermeister normalerweise Verhandlungen führt, erscheint es unverhältnismäßig 3 Mio. Euro für eine neue Schießhalle bereitzustellen, während wir in Bereichen sparen, die für die tägliche Lebensqualität und das Wohlbefinden unserer BürgerInnen entscheidend von Bedeutung sind. Eine solche Prioritätensetzung zeigt eine Schiefelage in unserer Finanzplanung, die wir dringend korrigieren sollten. Öffentliche Mittel sollten dem Gemeinwohl dienen und möglichst vielen Welsern zugutekommen. Eine neue Schießhalle mag für den PSV von Bedeutung sein, jedoch profitieren deutlich mehr Menschen von gut finanzierten Kultur- und Sozialeinrichtungen. Unsere Aufgabe ist es die vorhandenen Ressourcen so zu verteilen, dass sie den größten Nutzen für unsere Gesellschaft bringen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eine verantwortungsvolle und sozial ausgewogene Finanzpolitik ist in diesen Zeiten wichtiger denn je. Deshalb bitte ich sie, stimmen sie dem nicht zu, sondern setzen sie die Mittel dort ein, wo sie den größten Nutzen für unsere Stadt haben.

GR. KR. Schönberger: Dieser Antrag ist sehr unglücklich gelaufen. Der PSV hat im Prinzip nichts falsch gemacht. Sie haben geplant, überlegt und ihr Objekt über die Jahre hinweg abgeändert. Sie hätten sich aber vielleicht auch überfraktionell unterhalten sollen und nicht nur mit dem jetzigen Präsidenten. Unser Sportreferent - der sich in diesem Fall für befangen erklärte - hätte schon zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens der hohen Deckungssumme dieser Sportstätte ein Gesamtsportstättensanierungs- oder -erweiterungskonzept vorlegen sollen. Jetzt entfachen 3 Mio. Euro für einen einzigen Sportverein bei den anderen Sportvereinen in Wels ein großes Stirnrunzeln. Kein anderer Verein weiß über die Budgetmittel Bescheid, die zukünftig den Sportvereinen zur Verfügung stehen. Diese Summe würde ich auch gerne einmal wissen, Herr Bürgermeister! Auch die anderen Sportvereine wollen wissen wieviel Geld am Ende des Tages noch da ist. Aber offenbar hat unser Sportreferent sein Konzept noch nicht fertig. Ich hoffe es kommt in den nächsten Jahren und ist bis 2030 dann auch tatsächlich da.

Zum Thema „Schießsport“ kann man stehen wie man will. Aber es geht darum eine Sportstätte zu schaffen, die für die nächsten Jahrzehnte Bestand haben wird. Wir gaben für Tennis- und Fußballanlagen ähnliche Summen aus, dann kann man diesem Projekt durchaus auch zustimmen. Als Gemeinderat muss ich allerdings sagen, der Grundstückskauf ist wie ein Geschenk: Ich kaufe euch etwas ab, ihr habt das Geld, investiert es in das Projekt und ich habe einen Grund, den ich aber 80 Jahre lang gar nicht nutzen darf - wir alle hier im Saal werden das Vertragsende wohl nicht mehr erleben.

Ich würde mir wünschen, das wäre bei anderen Einrichtungen auch, wie z.B. bei den Kinderbetreuungseinrichtungen, wo wir wohl zukünftig auf den Baurechtszins verzichten werden Herr Bürgermeister! Die SPÖ will keine Sportstätten verhindern. Im Gegenteil, ich erinnere mich an ein großes, geplantes, multifunktionelles Stadion für Wels, das durch eine FPÖ/ÖVP-Mehrheit obwohl schon beschlossen damals abgesagt wurde. Wir werden daher diese Sportstätte als SPÖ nicht verhindern.

GR. Mag. Humer: Danke an die Funktionäre des PSV, dass ihr alle so engagiert für euren Verein kämpft und diese Schießhalle wieder revitalisieren und modernisieren wollt. Jeder kämpft um sein Projekt und der Schießsport ist eine Hochleistungssportart, es ist eine Symbiose aus körperlicher Fitness und mentaler Stärke. Es ist wichtig gemeinsam Dinge voranzutreiben und es sollte nicht darum gehen wer etwas früher oder später bekommt. Sport verbindet die Menschen untereinander und Sportfunktionäre kennen sich auch auf einer ganz anderen Ebene. Die Politik sollte hierfür den Rahmen und die Infrastruktur schaffen, denn Sport ist ein zentrales Thema in der Gesellschaft und im Vergleich mit Europa sind unsere Sportförderungen noch sehr überschaubar. Ich als Sportfunktionär stehe dem Thema positiv gegenüber und stimme dem zu.

StR. Rammerstorfer: Als GRÜNE-Fraktion sind wir sehr für eine großzügige Sportförderung, wir konnten dies auch durch unser Stimmverhalten immer gut beweisen. Sport geht durchaus über den reinen Unterhaltungswert hinaus, er hat zahlreiche sozial-, gesundheits- und integrationspolitische Aspekte. Sport ist kein Allheilmittel, aber zumindest ein Heilmittel mit positiver Wirkung für viele Gesellschaftsbereiche.

All diese Aspekte sehe ich allerdings beim Schießsport nur in sehr geringem Ausmaß. Bei der Summe von € 3,5 Mio. und einer Anzahl von 350 Schützen sind das ca. € 10.000,-- pro Person, damit könnte man jedem eine lebenslange Mitgliedschaft in einem anderen Schießverein bezahlen. Im Vergleich: Diese Summe würden wir in 120 Jahren für Klimaschutzförderungen ausgeben.

Es gibt eine ganze Reihe dieser Schießzentren und bisher hielt ich unseren Herrn Bürgermeister immer für einen knallharten Neoliberalen, das war offenbar ein Irrtum. Es ist vielfach üblich, dass Schießzentren privat finanziert werden. Zum Beispiel bezahlten 13 private Investoren das Schießzentrum Innviertel (€ 2,8 Mio.). In Wels soll es aber fast zur Gänze der Steuerzahler bezahlen. Es spricht nichts gegen den Schießsport, aber wenn es sogar private Anbieter gibt, dann ist die Finanzierung nicht Aufgabe der Stadt Wels.

Wir werden gegen dieses Projekt stimmen, aber nicht weil wir gegen den PSV sind, im Gegenteil sogar - der PSV ist ein sehr wichtiger Verein. Wir würden auch die Sanierung des Vereinsheimes unterstützen, das ist wirklich notwendig. Aber die Aussage, dass der PSV ohne Schießhalle zugrunde gehen wird, ist eine etwas gewagte Prognose, zumal etwa 2/3 oder 3/4 der aktiven Mitglieder gar keine Schützen sind. Man könnte die Schießhalle auch in einer abgespeckten Version bauen. Dies ist jedoch leider nicht der Fall und somit wird es keine Zustimmung der GRÜNEN-Fraktion geben.

GR. Wiesinger: Heute steht die Sanierung des PSV-Heimes und der Neubau der Schießhalle um insgesamt € 4,9 Mio. auf der Tagesordnung. Die bereits verlautbarten € 4,5 Mio. sind lediglich die förderbare Summe, aber das gesamte Projekt kostet € 4,9 Mio.! Problematisch sehen wir, dass der Beschluss über die Neuerrichtung der Schießhalle noch vor der Erstellung des von Bgm. Dr. Rabl und Vzbgm. Kroiß präsentierten

Sportstättenkonzeptes 2030 erfolgen soll. Warum eine Festlegung auf dieses Projekt noch bevor andere Vereine überhaupt die Möglichkeit hatten ihren Sanierungsbedarf anzumelden? Diese Ungleichbehandlung von Vereinen lehnen wir klar ab. Das Thema „Schießhalle“ könnte auch gemeinsam mit allen anderen Sportstätten im Herbst erhoben und dann einer gemeinsamen Prioritätenliste zugeführt werden.

Die Entscheidung, ob sich Wels eine neue Schießhalle leisten kann oder nicht, ist auch davon abhängig, welche Investitionen im Bereich „Sport“ in den nächsten Jahren insgesamt notwendig sind. Solange das nicht bekannt ist, ist es aus unserer Sicht unseriös und auch gegenüber den anderen Vereinen ungerecht eine Entscheidung über ein einzelnes Projekt hier vorzuziehen. Wir wissen, viele Sportvereine in Wels haben auch Probleme. Ich denke an den WTV, der ESV oder die Raiffeisen Arena der Flyers Wels, sie haben auch alle Sanierungsbedarf. Für uns ist klar, es braucht eine nachvollziehbare Sportstrategie, dann können wir entscheiden welche Sportstätten wie und wann saniert werden oder welche neu errichtet werden sollen. Auch andere Vereine warten dringend auf notwendige Investitionen. Es wäre diesen gegenüber also ungerecht, wenn wir dieses Projekt vorziehen. Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Absetzung dieses Tagesordnungspunktes von der Tagesordnung.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Wiesinger auf Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung wird mit

gegen 8 Ja-Stimmen (ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)  
24 Nein-Stimmen (FPÖ- + SPÖ-Fraktion, NEOS, MFG)

abgelehnt.

GR. Reindl-Schwaighofer, GR. Mag. Stögermüller, MBA und GR. Scheinecker, BA waren bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend. Vzbgm. Kroiß nimmt wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

GR. RegRat Zaunmüller: Ich möchte mich nicht mit dem Thema „Ist Schießsport eine Randsportart oder nicht“ beschäftigen, sondern mit dem PSV-Wels. Er wurde 1933 gegründet und ist somit einer der ältesten Vereine in Wels mit mittlerweile über 1.100 Mitglieder, was durchaus nicht üblich ist. Das 1964 errichtete Vereinsgebäude ist hoch sanierungsbedürftig, da sind wir uns einig. Wir brauchen ein zweckmäßiges und zeitgemäßes Gebäude. Wenn wir uns die aktuelle Schießhalle ansehen, wird man die Sanierungsbedürftigkeit kaum verneinen können. Ich darf auch alle erinnern, dass der PSV sogar mehrfach Olympiateilnehmer hervorbrachte, wie Ivona Dadic und vor allem Mario Knögler. Dass der PSV einer besonderen Unterstützung bedarf, leite ich davon ab. In Bezug auf die Schießhalle wundert mich die Argumentation der GRÜNEN-Fraktion. Das alte Gebäude verursacht momentan eine hohe Lärmentwicklung und Umweltbeeinträchtigung. Mit einer zeitgemäßen Schießhalle wären genau diese Anrainerprobleme beseitigt.

Wir NEOS stimmen für diesen Antrag, denn eine neue Schießhalle ermöglicht nicht nur nationale, sondern auch internationale Wettkämpfe, die in Wels stattfinden könnten. Auch junge Menschen finden dadurch Zugang zum PSV, denn Nachwuchsförderung wird hier sehr großgeschrieben. Große internationale Wettkämpfe tragen auch maßgeblich zur

Umweltrentabilität der Stadt Wels bei. Bezüglich des Arguments des „unseligen Baurechtsvertrages“ muss ich den Kritikern raten sich mit dem Instrument des Baurechtsvertrages genauer auseinander zu setzen, denn ein unseliger Vertrag ist das sicherlich nicht. Ich erwarte mir aber auch, dass zukünftig alle anderen (notleidenden) Sportvereine entsprechend unterstützt werden.

GR. Mag. Drack: Als Mitglied des Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschusses und Vorsitzender des Kontrollausschusses ist es mir wichtig den finanziellen Aspekt näher zu beleuchten. Es geht um einen riesengroßen Steuergeldbetrag und es gibt schon länger Kritik des Landesrechnungshofes an den exorbitanten Ausgaben für den Bereich „Sport“ in der Stadt Wels. Es wurde auch mehrfach das fehlende Leitbild in der Sportförderung sowie Sportstättenkonzept genannt. Wenn ich die Gesamtausgaben der Stadt Wels betrachte, sehe ich die Ausgewogenheit keinesfalls gegeben. Es ist kein Statement gegen den (Schieß-)Sport, aber die Verhältnismäßigkeit und Ausgewogenheit sind einfach nicht gegeben und zahlreiche Gespräche ergaben, dass es in der Bevölkerung nicht verstanden wird, wieso die Stadt eine exorbitante Summe ohne Sportleitbild für eine Schießhalle ausgibt. Von meiner Seite ebenfalls eine Stimme dagegen.

Bgm. Dr. Rabl: Ich möchte gerne die Gelegenheit nutzen ein paar Sachen richtigzustellen: Herr Mag. Drack, zum Thema „Verhältnismäßigkeit der Ausgaben“: Ich finde es nicht fair gegenüber einem engagierten Sportverein zu sagen: „Nur weil die Verhältnismäßigkeit nicht hergestellt ist, stimme ich gegen diese Ausgabe.“ Man könnte auch zusätzliche Ausgaben für jene Bereiche fordern, für die ihrer Meinung nach nicht genug da ist. So ziehen sie einen Verein, der nichts dafür kann und herausragende Arbeit leistet, zur Verantwortung dafür, dass - aus ihrer Sicht - die Verhältnismäßigkeit nicht gegeben ist. Das kann ich nicht ganz nachvollziehen. Bringen Sie bitte konkrete Vorschläge, wo die Verhältnismäßigkeit nicht hergestellt ist und stellen sie entsprechende Anträge im Gemeinderat!

Ganz prinzipiell kann ich sagen, diese Ausgabe von € 3 Mio. ist vom Budget voll abgedeckt, wir brauchen keinen einzigen Euro neue Schulden aufnehmen. Wir haben einen soliden Haushalt und wir können uns das locker leisten, das war auch nie das Problem. Es werden auch für die anderen Sportvereine Mittel zur Verfügung stehen, um eine Sanierung dieser Sportheime tatsächlich durchzuführen. Ich verstehe, dass die anderen Sportheime noch nicht so weit sind und die Sportvereine ihre Sportanlagen entsprechend sanieren müssen, aber es gibt hier sehr positive Rückmeldungen sowohl vom WTV als auch vom ESV und der Blauen Elf. Diese Vereine sind tatsächlich betroffen, weil sie noch eigene Sportstätten haben. Da gibt es Handlungsbedarf und das verstehen wir. Auch für diese Vereine werden noch ausreichende Mittel im Budget zur Verfügung stehen. Deswegen ist es völlig richtig, jetzt den PSV vorzuziehen. Es hat auch in der Vergangenheit kein Gesamtkonzept für alle Sportvereine der Stadt Wels gegeben. Sowohl die Hertha, als auch die Union, die Eintracht oder die FC Wels - sie haben alle etwas bekommen, wenn sie etwas brauchten.

Ich spreche noch gar nicht von den Basketballvereinen, denn diese haben auch etwas bekommen. Das wurde nicht auf einmal beschlossen, sondern über viele Jahre hinweg, wenn Bedarf bestand. Wir müssen uns schon nach dem Bedarf der jeweiligen Vereine richten. Die Vereine müssen ganz klar ihre Vorstellungen formulieren. Dann geht es in ein Kostendämpfungsverfahren, Bund und Land werden um Unterstützung ersucht und wenn das Paket vollständig ist, ist es dem Gemeinderat vorzulegen. Dieser beschließt

anschließend, ob es finanziert wird oder nicht. Wir können es jedenfalls ohne Schulden machen.

Lieber Karl, du sagst, du verstehst den Baurechtszins nicht ganz und wünschst dir, dass dieser auch bei den Kinderbetreuungseinrichtungen nachgelassen wird. Wie du weißt, gibt es Abgangsdeckungsvereinbarungen, d.h. den Baurechtszins, den die Kindergärten bezahlen, bezahlt später wieder die Stadt Wels, weshalb auch die Kindergärten de facto gar nichts bezahlen. Es ist ein Rundumspiel. Wir hätten das beim PSV genauso machen können, der PSV hätte € 100.000,-- bezahlen können und wir hätten dem PSV € 100.000,-- Subvention gegeben, dieser gibt uns € 100.000,-- zurück. Es wäre dasselbe mit dem Unterschied, dass es dort eine steuerliche Auswirkung hat, wir müssten dann plötzlich Immobilienertragssteuer bezahlen, das wollten wir vermeiden und deswegen wählten wir diese Lösung im Einvernehmen mit dem Verein.

Ich kann den Vorwurf nicht nachvollziehen, dass Gespräche unglücklich gelaufen wären. Sowohl der PSV als auch unser Sportreferent haben ständig alle Fraktionen eingebunden. Als ich das letzte Mal beim großen PSV-Jubiläum war, ist mir und allen anwesenden Personen das Projekt erklärt worden. Das war ein großer Tagesordnungspunkt, bei dem der Architekt alles präsentierte. Diese Jubiläumsveranstaltung war im Sommer 2023 und es waren diverse Fraktionsvertreter vor Ort - auch von der SPÖ-Fraktion! Jetzt zu sagen, dass es keine Gespräche gab oder die Kommunikation unglücklich verlief, kann ich mir so nicht vorstellen. Würden wir bis in den Herbst zuwarten, um dieses Projekt gemeinsam mit den anderen zu beschließen, würde die Gefahr bestehen, dass wir Förderungen verlieren. Das ist aus meiner Sicht nicht zielführend und sinnvoll.

Es freut mich jedenfalls, dass die SPÖ-Fraktion jetzt für diesen Antrag und von der Maßnahme für den PSV überzeugt ist. Ebenso freuen mich die Stimmen der NEOS und der MFG. Die FPÖ-Fraktion war sowieso schon immer für diese Umsetzung.

Lieber Tom, wir geben ein Vielfaches für den Klimaschutz aus, denn wie du weißt, wurden alle Amtsgebäude mit PV-Anlagen ausgestattet und dies kostete über € 1 Mio. Auch bei allen Gebäudeneuerrichtungen wird auf den Klimastandard geachtet. Wir finanzierten z.B. den Fernwärmestandard über eine Tochter (€ 10 Mio.) sowie den Ausbau des Kraftwerkes (€ 40 Mio.) und es wurden E-Fahrzeuge neu angeschafft. Die jetzige Fördersumme sind nur 5% im Vergleich zu den € 60 Mio., die wir für den Klimaschutz in den letzten Jahren ausgaben. Die neue Brücke über die Traun ist ebenso eine Klimaschutzmaßnahme, denn es ist eine Fußgänger- und Radfahrbrücke. Auch das schaffen wir alles ohne Schulden, weil wir eine verantwortungsvolle Finanzpolitik betrieben haben und auch weiter betreiben werden. Ich wünsche dem PSV mit der Investition - sofern sie heute beschlossen wird - alles Gute. Dieser großartige Verein hat es sich verdient.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird mit

gegen 24 Ja-Stimmen (FPÖ- + SPÖ-Fraktion, NEOS, MFG)  
7 Nein-Stimmen (ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)  
angenommen.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA, GR. Mag. Stöger Müller, MBA, GR. Scheinecker, BA und GR. Weidinger waren bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend. Vzbgm. Kroiß nimmt wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

1.)

Rechnungsabschluss der Stadt Wels  
für das Rechnungsjahr 2023  
FD-Buch-15-2023 miterledigt:  
FD-Fin-101-2023

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 24.06.2024:

Der beiliegende Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2023 wird genehmigt.

FD Mag. Barth referiert anhand beiliegender Power-Point-Präsentation (Anlage 4) über den Rechnungsabschluss 2023.

Bgm. Dr. Rabl: Vielen Dank für die profunde Präsentation des Rechnungsabschlusses. Dieser Rechnungsabschluss hält im Ergebnis fest was in diesem Rahmen schon beschlossen wurde. Jeder einzigen hier dokumentierten Ausgabe liegt immer ein Beschluss des Gemeinderates oder Stadtsenates bzw. des zuständigen Referenten zugrunde. Alles ist im Budget dokumentiert und stellt den Budgetvollzug dar.

Einige erfreuliche Dinge möchte ich noch hervorstreichen, da der Rechnungsabschluss ein sehr technisches Werk ist und die Zahlen manche „Nichteingeweihte“ vielleicht überfordern. Wir schafften es den Schuldenstand von € 70 Mio. (2015) auf knapp € 7 Mio. (aktuell) zu reduzieren, das ergibt ein Schuldenminus von € 63 Mio. Wir verkauften die Sparkassenanteile, das brachte € 60 Mio., mit der einen Hälfte tilgten wir Schulden, die andere Hälfte investierten wir. Somit blieben noch über € 30 Mio. Schulden, die wir aus eigener Kraft tilgten. Zusätzlich bauten wir die Ersparnisse der Stadt Wels um € 14 Mio. auf € 90 Mio. auf. Wir bauten also zusätzlich € 75 Mio. Ersparnisse auf, zusätzlich zu den € 30 Mio., die wir getilgt haben. Diese Leistung schaffte keine einzige Stadt in ganz Österreich.

Wir setzten die richtigen Schritte zur richtigen Zeit – wir führten Strukturreformen durch, prüften Verträge und Erfordernisse an die Verwaltung usw. Diese jahrelange Knochenarbeit resultiert nun in diesem Erfolg. Jetzt haben wir aufgrund dieser Überschüsse die Möglichkeit Investitionen zu tätigen. Und zwar nicht nur im Bereich des Sports, sondern auch bei der Kinderbetreuung, der Bildung, der Umwelt, der Kultur und im Sozialbereich. All das können wir uns leisten, weil wir vorher unsere Hausaufgaben

gemacht haben. Das macht mich sehr stolz, weil es de facto keine Leistungskürzungen, sondern Leistungserweiterungen in der Stadt Wels gab. Wenn sie sich die Pro-Kopf-Verschuldung von knapp € 150,- im Vergleich zur Vergangenheit ansehen, ist dies ein merklicher Rückgang. Der einzige Grund, warum wir momentan nicht null Schulden haben ist, weil wir die Schulden nicht zurückzahlen dürfen. Man könnte sagen, man tilgt die € 7 Mio. Schulden ganz einfach von den € 90 Mio. Ersparnissen. Das dürfen wir nicht, warum? Die Schulden sind mit 0% Zinsen fix verzinst, wohingegen wir 3-4% Zinsen für die Einlagen erhalten. Zahlen wir die Schulden also zurück, schädigen wir die Stadt Wels, weil wir keine Zinsen mehr dafür bekommen. Jetzt erhalten wir ca. € 2-3 Mio. an Zinsen pro Jahr, das ist z.B. ein kleiner Kindergarten, den wir uns hier allein durch die Zinsen verdienen. Das hat Anerkennung verdient, auch an die Beamtenschaft. Danke an alle Mitarbeiter, die Großartiges leisteten. Es geht hierbei um eine Kultur der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, die erforderlich ist, um einen Vollzug zu schaffen, der mit Steuergeld sorgfältig umgeht. Das ist aus meiner Sicht auch wichtig, denn wir müssen immer bedenken, das ist das Steuergeld der Bürger und wir müssen damit so umgehen als sei es unser eigenes Geld. Genauso tun wir das im Gemeinderat meist einstimmig, manchmal auch mehrheitlich, aber das ist unsere Aufgabe.

Danke auch an die einzelnen Mitglieder des Gemeinderates. Man kann durchaus unterschiedlicher Meinung zu unterschiedlichen Themen sein, aber grosso modo gibt es hier eine Kultur des Verständnisses und keine Begehrensneurosen - selbst in schwierigen Zeiten. Das letzte Jahr war deutlich besser, wir merken heuer die Wirtschaft stagniert und die Kommunalsteuerentwicklungen sind genauso stark in die Höhe gegangen wie die durchschnittlichen Lohnabschlüsse. Das bedeutet aber, dass es keine zusätzlichen Jobs gab. Die vorhandenen Jobs wurden weitergeführt, Gehälter wurden erhöht, aber es sind keine neuen Jobs geschaffen worden. Diesbezüglich haben wir nicht nur in Wels, sondern österreichweit ein Problem, insbesondere in der Industrie, die sich in der Rezession befindet. Diese großen Problemstellungen müssen zukünftige Bundesregierungen lösen, weil uns das jetzige Handeln Wohlstand kostet. Dieser Wohlstandsverlust führt dazu, dass Menschen armutsgefährdet werden und sich nicht mehr die Notwendigkeiten des Lebens oder eine gute Gesundheitsvorsorge leisten können. Letztere ist aus unserer Sicht keineswegs mehr optimal. Vzbgm. Mag. Schininger bemüht sich sehr, dass es eine funktionierende Gesundheitsversorgung gibt, aber oft fehlen die Ansätze auf anderer Ebene. Ich kann nur sagen, in Wels sind wir sehr darum bemüht.

Danke an alle Mitglieder des Stadtsenates und des Gemeinderates. Ich merke auch in den unterschiedlichen Diskussionen, wir alle haben das Ziel die Interessen der Welser Bevölkerung zu wahren, wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Die Kunst der Politik liegt in der Kompromissfindung und Umsetzung derselben, sodass es die notwendigen Mehrheiten und möglichst oft auch Einstimmigkeiten gibt. Insofern ist es ein erfolgreicher Rechnungsabschluss dieses Jahr, der uns wieder ein Polster verschafft mit einem eher trüben Ausblick für die Zukunft. Aber wir werden sehen was diese konkret bringt.

GR. Mag. Lackner: Dieser Rechnungsabschluss zeigt uns ganz deutlich, dass die Stadt Wels in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sehr verantwortungsvoll agiert. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich bei allen KollegInnen in den Dienststellen, Abteilungen und Stabstellen zu bedanken, dass sie die Verwaltung sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig führen. Ein ganz besonderer Dank gilt natürlich unserem Finanzdirektor, Herrn Mag. Barth und seinem Team. Der Rekordabschluss von € 33 Mio. ist das Zeichen einer umsichtigen

Haushaltsführung und auch die gemeinsamen Bemühungen, dass die Einnahmen noch gesteigert werden und die Ausgaben sinnvoll verwaltet werden, können sich sehen lassen.

Dank dieses Ergebnisses können wir unsere Stadt auch in Zukunft weiterhin positiv gestalten und die Lebensqualität weiter verbessern. Ganz wichtig dabei sind die Investitionen. Dazu zählen u.a. der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, die Sanierung des Welldorados, die Errichtung von Parkanlagen, wie den Sonnenpark in Puchberg, die Anschaffung eines neuen Löschfahrzeuges und der Ausbau von Radwegen - um hier nur ganz wenige Beispiele zu nennen.

Dieser Rechnungsabschluss zeigt aber auch, dass uns Generationengerechtigkeit ganz besonders am Herzen liegt. So entwickelte sich eben der Schuldenstand sehr positiv und beläuft sich jetzt auf € 7,9 Mio., das sind € 2 Mio. weniger als 2022. Wenn wir uns die Hochrechnung ansehen, so setzt sich dieser positive Trend auch fort. In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf die Kennzahl der Pro-Kopf-Verschuldung eingehen, diese liegt bei € 124,--, wohingegen 2015 dieselbe bei € 1.160,-- lag. Laut Statistik Austria lag diese im Jahr 2022 in Linz bei € 3.684,-- oder in Wien sogar bei € 4.601,--.

In Wels sind wir auf einem sehr guten Weg bald schuldenfrei zu sein. Der stetige Abbau der Schulden ist ein ganz entscheidender Schritt, um die finanzielle Stabilität in der Stadt zu sichern. Weniger Schulden bedeuten einfach mehr Spielraum für künftige Investitionen und Projekte. Wir werden den Volksgarten neugestalten, die Landesgartenschau durchführen, ein neues ERP-System im Haus Magistrat einführen und eine neue Messehalle bauen, um ein paar Beispiele zu nennen. Diese Projekte sind nicht nur für die Infrastruktur in unserer Stadt wichtig, sondern auch für die wirtschaftliche Entwicklung. Auch weiterhin ist das Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld notwendig.

Es ist nicht immer einfach die Balance zwischen Sparen und Investieren zu finden, aber gemeinsam fanden wir einen sehr guten Weg dieses Ziel zu erreichen. Wir sind zuversichtlich auch weiterhin zukunftsorientierte Entscheidungen zu treffen. Wir werden weiterhin unsere Investitionen in die Infrastruktur, die Bildung sowie die Verbesserung der Lebensqualität fortführen und dabei immer ein Auge auf die Finanzlage haben.

GR. Mag. Drack: Unser Resümee zum Rechnungsabschluss fällt als GRÜNE-Fraktion komplett anders aus, als das bisher Gehörte. Es ist aus unserer Sicht überhaupt kein Erfolg, wenn die Stadt auf Millionen Euro sitzen bleibt. Um mit einem Missverständnis aufzuräumen: Eine Stadt ist kein privatwirtschaftliches Unternehmen. Eine Kommune hat als zentrale Aufgabe die Lebenssituation der Menschen zu verbessern. In diesem Sinne sind wir auch alle im Gemeinderat beim Beschluss des Doppelbudgets im Winter 2021 zusammengekommen und beschlossen einstimmig das Budget, um die Lebenssituation der WelslerInnen zu erhöhen – das war das gemeinsam erklärte Ziel! Wenn man sich nach zwei Jahren die Rechnungsabschlüsse für 2022 und 2023 ansieht, muss man sagen, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde. Die soziale Situation der Menschen in Wels zeigt, die Not ist lt. Gesprächen mit Betroffenen bzw. nach den Statistiken und Kennzahlen massiv gestiegen. Existenzängste sowie psychische und physische Erkrankungen wurden mehr und vor allem die vulnerablen Gruppen (Frauen, MigrantInnen, Kinder und Jugendliche) sind besonders stark betroffen.



Dagegen sind die Ausgabenentwicklungen im Sozialbereich der letzten beiden Rechnungsabschlüssen massiv gesunken, nicht einmal die budgetierten Mittel wurden ausgeschöpft. Eine besondere „Baustelle“ ist die Sozialhilfe. Hier ist Wels - wie bei vielen anderen Sozialindikatoren - Schlusslicht im oberösterreichischen Zentralraum. Die budgetierte Hilfe bzw. der Rechtsanspruch Armut zu verhindern ist für die Menschen nicht mehr erreichbar. Die Stadt schafft es nicht, dass die Menschen Zugang zu ihrem Recht finden. Sozialhilfe kann man fast nur mehr mit Unterstützung Dritter erlangen.

Erfreulich sind natürlich die höheren Einnahmen. Wir hörten es von Herrn FD Mag. Barth bereits, dass es mehr Bundeszuschüsse gab, z.B. das Kommunalinvestitionsgesetz. Diese Zuschüsse werden aber mit einem bestimmten Zweck beschlossen. Seitens des Bundes ging es um die Krisenbewältigung. Aus diesem Grund wurde den Gemeinden überhaupt unter die Arme gegriffen. Die Stadt Wels spart diese Mittel, nur damit man kostspielige Investitionen und neue Bauprojekte umsetzen kann - das kann nicht Sinn der Sache sein. Deshalb ist unser Resümee des Rechnungsabschlusses nicht positiv. Ganz im Gegenteil - denn vorhandene Mittel wurden nicht eingesetzt!

Zum Abschluss noch ein paar lobende Worte an die FPÖ-Fraktion im Hinblick auf die soziale Situation. In tragischen Einzelfällen zeigt die Stadt immer wieder Bereitschaft den Menschen unter die Arme zu greifen und dabei über den ideologischen Schatten zu springen, um auch z.B. ausländische Mitbürger zu unterstützen. Es hat uns auch sehr gefreut, dass der Bezieherkreis des Welser Unterstützungspaketes auf die migrantischen MitbürgerInnen erweitert wurde. Wir wünschen uns, dass es in diese Richtung weitergeht.

Ich hörte schon öfter es gäbe keine soziale Not in der Stadt Wels und deswegen sei auch die Sozialhilfe zurückgegangen. Bitte habt alle ein offenes Ohr, begeht euch in die Stadtteile und sprecht mit den Menschen! Wenn wir die vorhandenen sozialen Brüche in unserer Gesellschaft nicht kitten können, werden massive Folgekosten und gesellschaftliche Schäden entstehen, die der Stadt teuer zu stehen kommen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Natürlich muss ich mich hier zu Wort melden, weil viele unrichtige Dinge gesagt wurden und ich will diese ins rechte Licht rücken. Es stimmt, nicht immer wurden alle Planzahlen auch erreicht. Es sind aber auch Planzahlen und keine realistischen Zahlen. Wir gehen hier mit dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip um, indem wir mehr planen als wir dann auch ausgeben. Es gibt aber auch Teile, wo wir weniger planen als ausgeben, es kommt beides vor.

Entscheidend ist jedoch, dass ich die Jahre 2022 und 2023 vergleichen muss. Ein herzlicher Dank gilt dabei Herrn FD Mag. Barth, denn er hat mir einige Zahlen zur Verfügung gestellt, um mit diversen Unwahrheiten aufzuräumen. Dem Argument, die Sozialhilfe sei gesunken, muss ich entgegenhalten, sie ist von 2022 auf 2023 sogar um € 297.958,-- gestiegen. Wenn ich mir das erste Halbjahr 2024 ansehe, dann haben wir jetzt schon einen Mehraufwand von € 183.000,-- im Zeitraum von Juni 2023 und Juni 2024. Ich finde die Steigerung nicht schön, denn sie verdeutlicht die Probleme am Arbeitsmarkt und das ist besorgniserregend. Wir wissen, wir werden mehr Budget brauchen, weil der Arbeitsmarkt das momentan einfach nicht hergibt. Auf der anderen Seite behaupten sie, dass das Sozialbudget gesunken sei. Wir gaben im Jahr 2022 € 29 Mio. für das Sozialbudget aus, im Jahr 2023 waren es € 34,1 Mio., das heißt es wurden € 4,8 Mio. mehr an Sozialbudget ausgegeben.

Ich finde es sehr verwunderlich, dass gerade sie, Herr Mag. Drack, der sich als sozialarbeitender Streetworker dafür einsetzt, dass man Jugendlichen Fake News erklärt und vor dessen Gefahren warnt, dann hier und in ihren Postings Fake News verlautbaren, dass der Zugang zur Sozialhilfe nicht mehr gewährleistet wäre - das ist schlichtweg falsch. Sonst würden wir nicht über eine Million Euro auszahlen.

Die Aussage „Städtische Angebote werden kleingehalten“ ist einfach unrichtig. Es stimmt, es gibt Verbesserungsaufträge. Es ist gesetzlich vorgegeben, dass ich erst einen Bescheid ausstellen kann, wenn alle Unterlagen vorhanden sind. Wenn jemand alle Unterlagen mit hat, gibt es diese auch nicht und somit sind sie auch nicht zermarternd. Ich lasse mir von ihnen die soziale Versorgung nicht schlechtreden. Sie schreiben die soziale Versorgung sei massiv verschlechtert seit 2015. Ich darf ihnen mitteilen, dass wir in fünf Jahren € 2,6 Mio. an freiwilligen Leistungen ausbezahlt haben, die wir nicht hätten auszahlen müssen. Da nehme ich z.B. unser Unterstützungspaket her und den hohen Energiekostenbonus in Höhe von insgesamt € 1,4 Mio. Der Weihnachtskostenzuschuss ist in Wels einzigartig, auch dieser ist heuer wieder auf € 204.000,- gestiegen. D.h. für 2024 ist dieser Zuschuss noch gar nicht berücksichtigt. Außerdem möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bei meinen Mitarbeitern im Sozialbereich bedanken, sie leisten eine hervorragende und sehr engagierte Arbeit und ich lasse mir diese Arbeit von ihnen auch nicht schlechtreden.

Herr Mag. Drack, eines möchte ich ihnen noch mit auf den Weg geben. Ab Oktober sind sie wieder Teil des Systems und die Mitarbeiter, die sie jetzt in den Postings beschimpfen, sind dann ihre Arbeitskollegen!

StR. Dr. Oberndorfer nimmt ab 16.33 Uhr an der Sitzung des Gemeinderates teil.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Vielen Dank an Herrn FD Mag. Barth, Herrn W.OAR. Lanz und dem gesamten Team für die Arbeit, die sie tagtäglich leisten, um uns hier solche Zahlen präsentieren zu können. Ich weiß, sie haben es nicht immer ganz leicht mit uns, deswegen „Danke“ von mir und der SPÖ-Fraktion. Ich bedanke mich auch bei den Unternehmern und Welsern, die durch ihre tägliche Arbeit das erwirtschaften was wir im Gemeinderat oder Stadtsenat ausgeben.

Als ehemaliger Unternehmer darf ich sagen: € 33 Mio. Überschuss hätte jedes Unternehmen gerne. Eine Bilanz mit einem Ergebnis, das sich sehen lassen kann. Ich bin aber auch ein bisschen bei Kollegen Mag. Drack, wir sollten uns hier überlegen, wofür wir dieses Geld einsetzen und es beruhigt mich leider nicht, dass die Ausgaben im Sozialbereich bei den Zuwendungen steigen. Es beunruhigt mich eher, denn das heißt, dass etwas im System und in der Gesellschaft nicht so läuft wie wir uns das vorstellen. Ich habe wirklich große Sorge um die sozialen und gesellschaftlichen Verwerfungen, denen wir sehr wahrscheinlich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gegenüberstehen.

Es freut mich, der Herr Bürgermeister ist für Zugänge, die wir in die Diskussion einwerfen, tatsächlich empfänglich. Lieber Andreas, wir werden dich beim Wort nehmen, damit wir mehr in die Kultur, Kinderbetreuung, Bildung und Gesundheitsversorgung investieren. Vor allem müssen wir mehr im Bereich der Schule, Schulsozialarbeit und Begleitlehrer investieren. Hier habe ich größte Sorge, dass Dinge auf uns zukommen könnten, von denen wir jetzt nicht einmal zu träumen wagen, wenn wir nicht zeitgerecht gegensteuern. Wir müssen ganz besonders achtsam sein und zukünftig investieren.

Nochmals Danke an das Team und an die Welserinnen und Welser, die den weitgehend schönen Abschluss möglich gemacht haben.

Bgm. Dr. Rabl: Herr Mag. Drack, ähnlich wie Vzbgm. Mag. Schininger haben sie die Frage aufgeworfen, was wir mit den Millionen machen. Sie wissen das genau, denn sie fassen die Beschlüsse mit und kennen auch deren Inhalt.

Ich möchte vorlesen: € 28 Mio. brauchen wir für die Landesgartenschau, Investition Messehalle Gesamtvolumen € 40 Mio., € 6 Mio. hat StR. Stefan Ganzert für das Sonderstraßenbauprogramm in den Siedlungsstraßen zur Verfügung, Traunbrücke € 5,6 Mio., Schulbereich € 5 Mio., Investitionszuschuss Kindergarten Neubau € 3,6 Mio., Kaiser-Josef-Platz Adaptierung € 3 Mio., Lokalbahn plus Park € 2,6 Mio., Sanierung Welldorado Freibad € 2,4 Mio., Stadtteilpark Pernau € 2,3 Mio., Skateboardhalle € 2,2 Mio., ERP-System € 1,8 Mio., das neue Archiv € 1,7 Mio., ASZ € 1,65 Mio., Sanierung Eishalle € 1,6 Mio., Motorikpark € 400.000,- usw.

Allein das ergibt Investitionen von 87 Mio. und damit sind unsere Ersparnisse eigentlich aufgebraucht. Wenn wir unserer Strategie treu bleiben keine Investitionen zu tätigen, wenn wir dafür neue Schulden aufnehmen müssten, dann wissen wir, dass wir weiter sparsam bleiben müssen. Nichts ist verantwortungsloser als auf Kosten der Zukunft zu investieren. Wir alle reden von Nachhaltigkeit im Klimaschutz, wer spricht von der Nachhaltigkeit in der Budgetpolitik? Die nächsten Generationen müssen das zurückzahlen, was wir heute ausgeben. Auch das ist ein Teil der Nachhaltigkeit und wenn wir uns dazu bekennen, dann bitte auch zu dieser Form davon! Dieser Berg an Millionen, den sie hier zitieren, den gibt es tatsächlich und er wurde in mühsamer Kleinarbeit und vielen Stunden erarbeitet. Aber keine Stadt schaffte es solche Überschüsse zu erzielen. Also wird schon etwas dran gewesen sein, dass wir etwas mehr leisteten als manche andere. Wir brauchen das auch, um Investitionen in die Zukunft zu tätigen und zwar in allen Bereichen (im Sozialbereich, im Grünbereich, Sportbereich, Bildungsbereich usw.).

Wir haben alle Bereiche gleichermaßen umfasst und ich höre nie Kritik daran was eigentlich fehlt. Wenn sie sagen, dass Wels bei der Sozialhilfe Schlusslicht ist, kann ich ihnen sagen, die Sozialhilfe ist ein Rechtsanspruch. Weder die Politik noch Beamte können dies einfach willkürlich entscheiden. Nein, es gibt einen Rechtsanspruch und wenn jemand alle Voraussetzungen erfüllt, dann bekommt er sie immer. Wenn manche aber die Voraussetzungen nicht erfüllen, Herr Mag. Drack, dann kann ich sie demjenigen auch nicht geben. Das wäre ein Rechtsverstoß. Wir alle legten einen Eid auf die Gesetze ab und schworen diese getreulich einzuhalten. Insofern glaube ich nicht, dass sie uns jetzt vorschlagen wir sollen über das Gesetzliche hinaus Sozialhilfe gewähren, denn das wäre – wie gesagt – rechtswidrig!

Wenn sie sagen, wir sind über unseren ideologischen Schatten gesprungen was die Hilfe betrifft kann ich sagen nein, im Gegenteil! Es gehört zur FPÖ-DNA Hilfe zu leisten. Wir heißen nicht umsonst Soziale Heimatpartei und wir stehen immer für Hilfe zur Verfügung, auch im Sozialbereich wenn Not am Mann ist oder wenn wir sehen, dass es notwendig ist, um jemanden aus einer brenzligen Situation zu helfen. Aber: Wir sprechen uns gegen jede Art von Sozialmissbrauch aus, immer! Sozialmissbrauch schädigt in Wahrheit das Sozialsystem und schwächt es dadurch. Das hat für alle negative Auswirkungen und deswegen kontrollieren wir es genau. Als einzige Stadt kontrollieren wir z.B. auch vor Ort. Wir gehen in die Wohnung hinein und fragen, ob alles so ist wie angegeben wurde. Ich

weiß es gefällt ihnen nicht, aber es ist notwendig. Wir stellen sehr viele Sozialmissbrauchsfälle fest, die wir dann auch der Staatsanwaltschaft melden, denn dieser Missbrauch ist strafbar. Auch sie haben Interesse daran, dass Ansprüche rechtskonform gewährt werden und entsprechend streng kontrolliert werden. Manchmal habe ich den Eindruck nicht ganz. Das macht aber nichts.

Mir ist wichtig, dass wir heute einen Beschluss über den Rechnungsabschluss fassen können, der in ähnlicher Form schon im Budget enthalten war. Alle Budgets wurden zum Glück einstimmig beschlossen. Auch das zeigt eine Konsensfähigkeit dieses Gremiums, die mir auch wichtig ist.

Es ist ein abgerundetes Budget und tatsächlich auch ein Erfolgsrechnungsabschluss, auf welchem wir die Zukunft der Stadt weiter aufbauen und weiter in wichtigen Bereichen Investitionen tätigen können, die für die Bevölkerung von Vorteil sind.

Der Antrag zu Punkt 1. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

2.)

StS - Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat  
FD-Buch-14-2024/011

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 24.06.2024:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

3.)

GR - Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2024/013

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 24.06.2024:

Die beantragten Kreditübertragungen (Anlage 1 und 2) und die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlage 3 und 4) werden genehmigt.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Wir werden uns bei diesem TOP der Stimme enthalten aufgrund dessen, weil wir es gerne gesehen hätten, wenn du, lieber Herr Bürgermeister, den TOP 12. genauso vorgezogen hättest wie TOP 11. Dann wüssten wir alle im Saal, worüber wir

denn bei TOP 3. tatsächlich abstimmen. Ich kritisierte es bereits im letzten Ausschuss. Uns gefällt es nicht, dass wir immer zuerst Kreditoperationen beschließen bevor wir dann tatsächlich den Sachantrag besprechen und beschließen. Unserer Meinung nach soll zuerst das Thema als solches besprochen bzw. beschlossen werden und dann erst die jeweilige Finanzierung dazu. Hier sind wir wohl grundsätzlich anderer Meinung.

GR. Wiesinger: Auch wir werden uns bei diesem TOP enthalten, weil in den Kreditoperationen der Finanzierungsbeschluss des TOP 11. enthalten ist und dort stimmten wir mit einem klaren „Nein“.

Bgm. Dr. Rabl: Soweit ich jetzt einen Überblick habe steht damit der Finanzierungsbeschluss an der Kippe. Der Sachbeschluss ist zwar eine schöne Sache, aber ohne Finanzierung bringt uns der Sachbeschluss nichts.

Ich ersuche daher nochmals genau zu bedenken, wie man sich in diesem Zusammenhang bei der Abstimmung tatsächlich verhält. Wir beschlossen zwar den TOP 11. (Sanierung des PSV-Heimes) mit großer Mehrheit, Tatsache ist aber, dass ich anhand der jetzigen Mehrheitsverhältnisse nicht weiß, ob wir diesen Beschluss durchbringen. Ich finde es schon etwas eigenartig, man hätte vorher schon etwas sagen können, wenn man etwas genauer wissen will. Der Abänderungsantrag liegt ja auf dem Tisch. Deshalb wundert es mich, dass man das jetzt als Argument verwendet. Aber wir nehmen es zu Kenntnis. Aus meiner Sicht ist es eine Finte zuerst dem Sachbeschluss zuzustimmen und im zweiten Beschluss dann zu sagen, eigentlich enthalten wir uns und wollen uns nicht deklarieren. Die Demokratie hat das freie Mandat und natürlich auch die Möglichkeit der freien Abstimmung und deswegen nehme ich es naturgemäß so zur Kenntnis und hoffe, dass diese Abstimmung jetzt positiv ausgeht.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird mit

|       |   |
|-------|---|
|       | <u>20 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-Fraktion, SPÖ-Fraktion-GR. Mag. Humer, NEOS, MFG)   |
| gegen | <u>4 Nein-Stimmen</u> (GRÜNE-Fraktion)  |
| und   | <u>12 Stimmenthaltungen</u> (SPÖ-Fraktion ohne GR. Mag. Humer + ÖVP-Fraktion) |

angenommen.

4.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels,  
mit dem die Richtlinien des Landes Oberösterreich  
zur Umsetzung des Gebührenbremse-Gesetzes,  
BGBl. I Nr. 122/2023, umgesetzt werden  
FD-StV-31-2024

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 24.06.2024:

1. Der Zweckzuschuss wird für die Reduktion der Abfallgebührenvorschreibung gem. der Abfallgebühren-Verordnung 2011 des Gemeinderates der Stadt Wels (Unterabschnitt „852 Betriebe der Müllbeseitigung“ gem. Anlage 2 zur VRV 2015) verwendet.
2. Die Mittel werden in Form der Gewährung eines privatrechtlichen Zuschusses der Stadt an die mit Stichtag 01.06.2024 Gebührenpflichtigen verwendet. Die sich so ergebende Förderung je Gebührenpflichtigem ist in der Gebührenvorschreibung, in der die Förderung wirksam wird, auszuweisen und vom Bruttobetrag der Gebührenschild abzuziehen. Die Förderung muss spätestens im dritten Quartal 2024 wirksam werden.
3. Die Höhe des Zuschusses je Gebührenpflichtigem wird mit 10,4953% der Abfallgebühr, die der jeweilige Gebührenpflichtige für das Jahr 2024 zu entrichten hat, festgelegt.
4. Die Bürger sind über die Höhe und die Verwendung des Zuschusses auf der Homepage sowie im Amtsblatt der Stadt Wels zu informieren.
5. Der Bürgermeister hat bis 30.09.2024 der Oö. Landesregierung die Verwendung der Mittel in Form eines Berichtes laut Vorlage der Oö. Landesregierung nachzuweisen.

StR. Rammerstorfer: Vorweg muss ich sagen, ich habe ein lachendes und ein weinendes Auge. Zum einen freut mich die Gebührenerleichterung für die Welsler, zum anderen möchte ich schon darauf hinweisen, dass die Müllgebühr durchaus einen Sinn hat und auch eine lenkende Funktion haben soll. Wir verlangen für sehr viele Abfallfraktionen keine Gebühr, z.B. für Altglas, Metall, Papier, Biomüll, usw. Dadurch soll die Bevölkerung animiert werden die Restmüllmenge möglichst gering zu halten. Wir können fast nicht aus, weil dies die einzige Möglichkeit ist diese Gebührenbremse umzusetzen. Dementsprechend werden wir natürlich auch zustimmen und wie gesagt - aus sozialen Aspekten finde ich es ja auch richtig.

Die eigentliche Frage bzw. Sorge, die ich habe, möchte ich noch an dich stellen, lieber Herr Bürgermeister. Inwiefern wird hier dem nachgegangen, ob die Vermieter diese Senkung der Müllgebühren an die Mieter weitergeben? Das wäre meine Frage bzw. eine Anregung, falls du jetzt keine Antwort hast.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die aufgeworfene Frage, Tom. Ich glaube mich dunkel zu erinnern, dass Müllgebühren nach dem Mietrechtsgesetz prinzipiell Betriebskosten sind und diese nur nach tatsächlichem Anfall zur Abrechnung gebracht werden können. Das bedeutet, wenn die Stadt an den Hauseigentümer diese Müllgebühr in vermindertem Ausmaß verrechnet, dann kann der Hauseigentümer diese auch nur vermindert weiterverrechnen. Es gibt natürlich die Möglichkeit, dass außerhalb des Mietrechtsgesetzes pauschalierte Betriebskostensätze vorhanden sind. Wenn sie pauschaliert sind, muss der Hauseigentümer - so glaube ich - die Reduzierung nicht weitergeben. Allerdings wissen wir, zumindest im Wohnungsbereich unterliegen de facto alle Mietverträge dem Mietrechtsgesetz, weshalb auch fast alle in den Genuss dieser Reduktion kommen.

Vorstellen könnte ich mir, dass es bei vermieteten Einfamilienhäusern nicht der Fall ist. Aber nur dann, wenn die Betriebskosten pauschaliert sind. Ich kenne aber nur ganz wenige Mietverträge, wo die Betriebskosten tatsächlich pauschaliert sind. Normalerweise werden

die Betriebskosten nach dem tatsächlichen Aufwand abgerechnet. Für mich ist es logisch, dass 99,99% in den Genuss dieser Reduktion kommen.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

5.)

Herminenhof 3-Klang – Kostenzusammenstellung für geplante Maßnahmen 2024; Finanzierungsbeschluss FD-Fin-914-2024 miterledigt:  
SD-TFM-1021-2023

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 24.06.2024:

1. Die Stadt Wels leistet zum Einbau einer Einzelraumtemperatursteuerung für die Fußbodenheizung/-kühlung im gesamten Objekt Herminenhof, einen Zuschuss an die Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG in Höhe von max. € 135.000, -- (exkl. Mwst.) abzüglich etwaiger gewährter Förderungen (EU, Bund, Land OÖ).
2. Der Zuschuss ist nicht rückzahlbar und hat den Charakter eines Gesellschafterzuschusses, der das Eigenkapital der Gesellschaft erhöht und in der Folge im Verhältnis der Abschreibung über die Nutzungsdauer aufgelöst wird.
3. Die Weiterleitung der für gst. Investitionsvorhaben gewährten Förderungen (EU, Bund, Land OÖ) an die Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG und die erforderliche Zwischenfinanzierung dieser Förderungen seitens der Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG durch Aufnahme von Barvorlagen wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

6.)

Aufbau eines neuen DMS (Dokumentenmanagementsystem) an das neue ERP System New System (analog der Umsetzung in der Stadt Villach); Auftragsvergabe an die Fa. pmi Software und Datenkommunikations-GmbH, 9020 Klagenfurt  
IT-006-P-9-2024 miterledigt:  
ZE-022-1-134-2024

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 24.06.2024:

Beiliegende Zuschlagserteilung (Beilage ./2) an die Fa. pmi-Software und Datenkommunikations-GmbH, 9020 Klagenfurt, Industriering 15, betreffend

Implementierung eines DMS zu einem Gesamtpreis (inkl. USt.) von € 117.968,48 wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

7.)

Vertragsabschluss für die Einführung und den Betrieb einer ERP Standardsoftware; Vertragsänderung – Zusätzliche Leistungen des ursprünglichen Auftragnehmers gem. § 365 Abs. 3 Z. 5 BVergG 2018 idgF.; Erweiterung bzw. Abruf zusätzlicher Module für das neue zentrale ERP System  
IT-006-P-10-2024

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 24.06.2024:

Beiliegende Vertragsergänzung über die zusätzlichen Leistungen (Beilage./1) der Axians Infoma GmbH, 9020 Klagenfurt, Industriering 15, zu einem Gesamtpreis (Einmalkosten und laufende Kosten für 4 Jahre) von € 213.216,-- (inkl. Umsatzsteuer) wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

8.)

Verkauf Grundstück Nr. 192/9 EZ 504  
KG 51224 Pernau (Teil Garnisonstraße) an  
die Republik Österreich (Heeresverwaltung)  
LV-026-01-22-2021

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung einstimmig von der Tagesordnung a b g e s e t z t.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.



Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

9.)

Parkraumbewirtschaftung – Handyparken; Auflösungsvereinbarung zum Vertrag m-Parking vom 21.11.2005 und der Zusatzvereinbarung zum m-Parking ASP Service  
FD-Park-10020-2024

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 24.06.2024:

Beiliegender Auflösungsvertrag (Beilage ./1) mit der A1 Telekom Austria AG, 1020 Wien, Lassallestraße 9, betreffend HANDYPARKEN-Vertrag „Angebot m-parking ASP Service für die Stadt Wels“ geschlossen am 28.11.2005, samt der Zusatzvereinbarungen vom 19.02.2009, vom 17.05.2017 und vom 15.09.2022, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der Entgelte für kostenpflichtige Einsatzleistungen und Beistellungen von Geräten der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels festgelegt werden (Feuerwehr-Gebührenordnung 2024)  
FW-297-01-8-2024

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 24.06.2024:

Die beiliegende Feuerwehr-Gebührenordnung 2024 samt Anlage I zur Feuerwehr-Gebührenordnung 2024 wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Zu TOP 12. gibt es zwei Abänderungsanträge, und zwar einen der SPÖ-Fraktion (Anlage 13) und einen der ÖVP-Fraktion (Anlage 14), die ich ihnen vorlesen darf. Bitte diese in die Debatte miteinzubeziehen.

12.)

Offener Kulturverein Wels;  
Abschluss eines Mietvertrages und einer Subventionsvereinbarung  
BK-J-271-2024

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 24.06.2024:

Der beiliegende Mietvertrag und die Subventionsvereinbarung (Beilage 1) zwischen der Stadt Wels und dem Offenen Kulturverein Wels betreffend die entgeltliche Vermietung von Räumlichkeiten sowie der Gewährung einer Subvention in Höhe von € 378.000,00 werden beschlossen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Scheinecker, BA: Kurz zur Abänderungsproblematik bevor wir auf das eigentliche Thema eingehen. Unser Antrag wurde zuerst eingebracht und reicht auch weiter. Der Abänderungsantrag wurde zur Gänze vorgelesen und wirkt doch aufgrund seiner vielen Zeichen sehr kompliziert. Zur Genese dieses Abänderungsantrages: Was im Vertrag des MKH steht mit der zusätzlichen Erweiterung, dass der OKV dieses Jahr noch keine Jahresplanung vorgestellt hat und dieser bis 31.08.2024 noch das Jahresprogramm für 2025 vorlegen soll, ist eine Sache.

Das sind keine wirren Bösartigkeiten, die hineinformuliert wurden, es ist eine Kopie des Ganzen. Warum ist auch der Kulturausschuss involviert? Dies ist die Genese unserer Überlegungen. Der OKV hat sich im Lenkungsausschuss und Kulturbeirat als Kulturprojekt vorgestellt – wir haben das alle gesehen. Der Kulturbeirat bewertete es auch durchaus sehr gut. Auch das ist dem Amtsbericht zu entnehmen. Wir stellen uns prinzipiell dem Projekt nicht entgegen. Aber wir können nicht mit zweierlei Maß messen. Für uns ist es wichtig, dass die vertraglichen Voraussetzungen für das Medienkulturhaus, welches wir heute ebenso beschließen wollen, auch dieselben sein müssen wie beim OKV. Um mehr geht es nicht. Wenn wir sagen dieser Abänderungsantrag ginge zu weit und es wäre zu bürokratisch, dann frage ich mich wieso die Bürokratie dem MKH zumutbar ist, aber nicht dem OKV? Wir müssen es gleich bewerten, denn es ist aus demselben Ausscheidungsprozess hervorgegangen. Wir wollen dem OKV die Chance auf Umsetzung geben. Die Bedingungen müssen für beide gleich sein. Deshalb auch dieser Abänderungsantrag.

Wenn wir dem nicht zustimmen, dann muss ich schon fragen warum? Warum bekommt der zweitplatzierte Bewerber nun für eine Ausschreibung Erleichterungen, die das MKH nicht erhält? Ich könnte mir hierfür natürlich Theorien einfallen lassen, will ich aber nicht. Es ist wichtig, dass die Rahmenbedingungen dieselben sind und dann tragen wir das auch gerne mit.

Es ist immer eine gute Sache weitere Kulturprojekte in der Stadt zu haben. Es war ursprünglich ein Kulturprojekt, jetzt ist es ein Jugendprojekt. Daher auch die Frage wieso es jetzt im Jugendausschuss und nicht im Kulturausschuss ist? Ein Schelm möge denken, dann muss es nicht in den Kulturbeirat. Mit dem Abänderungsantrag können wir das nun ändern. Aber in Zukunft kann man dieselben Bedingungen mit diesem Abänderungsantrag aufrechterhalten. Das ist wichtig, um die Transparenz zu gewährleisten und um auch wirklich dieselben Leute über die Projekte zu informieren, die vorab bereits entschieden haben, dass es ein gutes Projekt ist. Es ist keine große Sache. Es ist komisch, dass man sich hier so dagegenstellt.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Wir als SPÖ-Fraktion sahen uns dieses Projekt sehr genau an, wir führten viele Gespräche u.a. mit Herrn Christoph Brückl. Er legte uns das Projekt aus seiner Sicht der Dinge klar dar. Wir hinterfragten auch in den unterschiedlichsten Ausschüssen immer, weshalb denn ein Projekt, das ursprünglich bei der Kollegin Vzbgm. Raggl-Mühlberger angesiedelt war, als Kulturprojekt titulierte wurde, jetzt aus für uns unerfindlichen Gründen als Jugendprojekt titulierte beim Kollegen Vzbgm. Kroiß angesiedelt wurde. Das haben wir immer in allen Ausschüssen hinterfragt und besprochen.

Lieber Gerhard, du nimmst ein informelles Gespräch beim Mitarbeiterfest letzten Donnerstag mit hierher in den Gemeinderat der Stadt Wels und sagst: „Wir haben das ja besprochen.“ Das stimmt, wir haben es besprochen und du sagtest: „Ja, zur Kenntnisnahme“, worauf wir antworteten: „Das ist eure Sicht der Dinge, wir hätten es genau gleich wie beim MKH gemacht“ und wir haben das auch in allen Ausschüssen genauso besprochen. Wir werden auch hier von unserer Linie nicht abweichen. Also bitte Gerhard, bleib bei der Wahrheit. Wer auch immer Wahrnehmungsstörungen hat oder auch nicht, das mögen Ärzte beurteilen.

StR. Dr. Oberndorfer: Es ist manchmal so, dass der eine etwas sagt und der andere versteht es etwas anders. Wenn das nicht wäre, wäre ich als Rechtsanwalt zumindest zum Teil arbeitslos. Es gehört auch bei Diskussionen dazu, dass man nicht alles ganz präzise abgrenzen kann. Für alle Zuhörer: Es ist tatsächlich schwierig den Unterschied zwischen den beiden Abänderungsanträgen zu erkennen. Ich werde es kurz erklären. Der eine Abänderungsantrag sagt im Endeffekt, dass der Kulturbeirat zu befassen ist und dann eine Empfehlung abzugeben hat. Wenn er diese Empfehlung abgegeben hat, geht es weiter. Es gibt noch etliche Gremien, die danach befasst werden.

Der zweite Abänderungsantrag ist jener, der - nach meiner Einschätzung – heute eine Mehrheit bekommen wird. Er besagt, dass der Kulturbeirat befasst wird, aber nur in der Form, dass es ihm vorgelegt wird, nachdem es schon im Jugendausschuss beschlossen wurde. Wobei nichts beschlossen wird, sondern es wird nur zur Kenntnis. Er ist hier einfach ein bisschen nachgelagert. Man kann darüber sinnieren, ob das inhaltlich so viel ändert oder nicht. Ich glaube nicht, dass das so ein wesentlicher Unterschied ist. Ich sagte auch schon im Finanzausschuss - dieser ist unter Ausschluss der Öffentlichkeit - es wäre gut, wenn der Kulturbeirat befasst wird. Dieser ist so etwas wie das Sachverständigengremium in Kulturfragen und ich halte sehr viel auf die Meinung dieses Beirates. Dort sitzen Personen, die wirklich vom Fach sind. Das heißt nicht, dass deren Empfehlungen und Entscheidungen immer richtig sind, aber sie sind zumindest fachlich fundiert und daher würde ich sie gerne hören. Das ist mir wichtig und ob ich sie jetzt höre im Sinne einer bloßen Kenntnisnahme oder ob sie eine Empfehlung abgeben, ist für mich sekundär. Entscheidend ist, dass wir den Kulturbeirat hier befragen, denn ich sehe dieses Projekt (OKV) als Schnittstelle zwischen Jugend- und Kulturarbeit. Daher möchte ich den Kulturbeirat hier als Sachverständigengremium befragen. Dafür bekommen wir eine Mehrheit, insofern bin ich schon zufrieden. Ich hätte auch mit eurem Antrag kein Problem muss ich der Ordnung halber sagen. Aber wir werden auf jeden Fall für den von uns eingebrachten Antrag stimmen und ich würde auch euch ersuchen mitzustimmen, denn dann habt ihr das gemeinsame Ziel der Befassung des Kulturbeirates auch erreicht.

Nun noch ein allgemeines Wort zum OKV. Wir unterstützen dieses Projekt. Es überzeugt nicht nur uns, sondern auch andere. Es war schon im Kulturbeirat, als das MKH (die alte Sparkasse) ausgeschrieben wurde. Da reichte Herr Brückl mit Frau Renate Pyrker eine

sehr ansprechende Bewerbung ein. Wir und auch andere Fraktionen fänden es schade, wenn man aus so guten Ideen nichts machen würde. Deshalb freut es uns, dass diese Ideen in einem Konzept nun noch konkretisiert verarbeitet wurden und wir diesem jetzt eine Chance auf Verwirklichung geben können. Wir glauben daran und werden diesem Projekt mit dem von uns vorbereiteten Abänderungsantrag zustimmen.

StR. Rammerstorfer: Eine kleine Anregung: Bei sehr komplexen Abänderungsanträgen wäre es sehr günstig, wenn wir sie auch schriftlich erhalten würden, damit man sich besser hineinversetzen kann. Die grundsätzliche Differenz zwischen den beiden Anträgen haben wir schon verstanden, aber natürlich möchte man es schon gerne detailliert vor sich liegen haben. Vielleicht eine Anregung fürs nächste Mal.

Der Wunsch, durch diese Abänderungsanträge den OKV besser kontrollieren zu können, hat auch seine Ursache. Eingedenk des durchaus ausbaufähigen Angebots an Jugendprojekten in dieser Stadt stehen wir dem Projekt OKV durchaus positiv gegenüber. Die Genese dieses Projektes ist durchaus erstaunlich. Bei der Neuausschreibung der „Alten Sparkasse“ wurde ein Entwurf des heute zur Beschlussfassung vorgelegten Projektes erstmals dargestellt und durch den Lenkungsausschuss und Förderbeirat hinter dem Sieger „MKH-Studios“ gereiht.

Für das Siegerprojekt MKH, welches wir hoffentlich heute noch beschließen werden, begann nach diesem Prozedere der Ausschreibung, Prämierung und des Lenkungsausschusses ein 14 Monate andauernder Verhandlungsmarathon, bei dem um jeden einzelnen Cent gefeilscht wurde. Manchmal fliegen die Millionen nicht so locker umher wie beim PSV, sondern da wird hart verhandelt - auch vom Finanzreferenten. Im Gegensatz zu diesen harten und komplexen Verhandlungen mit dem MKH war die Vergabe der Räumlichkeiten Am Römerwall 15 an den OKV der reinste Sonntagsspaziergang. Es gab keine Ausschreibung, keinen Lenkungsausschuss, keine endlosen Verhandlungen und das obwohl dieser Verein erst in diesem Jahr gegründet wurde und an sich keinerlei Aktivitäten im Sinne des Vereinszweckes vorzuweisen hat. Das muss man auch dazu sagen.

Wenn man die fertigen Verträge vergleicht, ist das MKH mit Sicherheit nicht begünstigt. Es bekommt zwar die dreifache Fördersumme, muss dafür aber fünfmal so viel Umsatz nachweisen wie der OKV und zwanzigmal so viel Besucher. Hier meine ich dann doch eine gewisse Schiefelage zu erkennen. Wie dem auch sei, wir werden dem Abschluss des Mietvertrages, der Subventionsvereinbarung und den beiden Abänderungsanträgen zustimmen, weil wir jedes Angebot im Jugendbereich in dieser Stadt brauchen. Ich möchte auch gewisse Vorschusslorbeeren für das OKV-Projekt geben und dadurch ein gewisses Vertrauen entgegenbringen.

Ich möchte meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass es zwischen MKH und OKV ein gutes Miteinander gibt, da sie durchaus in denselben Gewässern fischen. Ich denke aber es gibt genug Fische für alle und es sind beide Vereine gefordert hier solidarisch zusammenzuwirken.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Viel von dem, was ich in meinen Unterlagen stehen habe, sagte bereits StR. Rammerstorfer, weil es ziemlich klar auf der Hand liegt. Es gab eine Ausschreibung, diese brachte nach langen Diskussionen und Verhandlungen einen Sieger hervor. Der Beginn der Ausschreibung ist drei Jahre her und wir haben jetzt die Situation,

dass ein zweitplatzierter Verein, der auch ein Projekt abgegeben hat, auf der Überholspur daherkommt und im Wesentlichen als Betreiber eines Projektes beschlossen werden soll, welches kaum vom MKH-Projekt unterscheidbar ist.

Ich habe heute erfahren, dass es auch um Videofilme geht. Jetzt weiß ich dann gar nicht mehr, wo der Unterschied zwischen dem journalistischen Projekt und dem Filmprojekt liegt. Wieso muss sich nur einer mühsam einer Ausschreibung unterziehen? Wir wissen der Herr Bürgermeister trägt Ausschreibungen immer vor sich her, wenn es darum geht, dass die Stadt irgendwelche Leistungen erbringen soll. Ich kann mich erinnern wie es beim Thema „Kornspeicher“ war und habe jetzt das MKH miterlebt. Beide Male waren die Ausschreibungen immer das Wichtigste und Wesentlichste.

Wir teilen anscheinend die Meinung, dass wir in der Stadt Wels im Bereich der Jugendarbeit ausbaufähige Infrastrukturen haben. Aber wir brauchen noch viel mehr Angebote, nicht nur bei der Betreuung sondern auch in Bereichen, wo sich Jugendliche engagieren können. Wenn ein Bedarf vorhanden ist, dann lasst uns dafür gemeinsam einen guten Ausschreibungstext verfassen und dann schauen wir wer in der Lage ist unsere Wünsche in der Stadt Wels umzusetzen. Das wurde aber nicht gemacht. Man nahm einfach jemanden aus einer anderen Ausschreibung und bevorzugt diesen jetzt gegenüber allen potentiellen Anbietern. Das müssen wir uns schon alle bewusst machen. Meiner Ansicht nach ist das eine riesige Ungerechtigkeit gegenüber jenen, die auch in der Lage wären so ein Projekt zu machen.

Die Zahlen wurden schon genannt. Das MKH muss gegenüber dem OKV ein Vielfaches für den Erfolgsnachweis erbringen und auch hier frage ich mich warum? Was steckt dahinter? Wieso werden die einen unter Druck gesetzt und die anderen haben nur eine leicht überwindbare Hürde? Ich sah mir alle Unterlagen an. Beim MKH weiß ich, die machen dies seit mehr als zehn Jahren. Dort sind Pädagogen und Akademiker involviert sowie Menschen mit viel Erfahrung in diesem Bereich. Aber beim anderen Projekt sehe ich nur „Möchtegerns“. Ich sehe niemanden, der schon einmal in der Jugendarbeit Erfahrungen sammelte. Jugendarbeit braucht Qualifikation! Ich kann nicht einfach irgendjemandem die Leitung einer Jugendeinrichtung übertragen. Wo sind die Referenzen und Qualifikationsnachweise? Ich sah sie nicht - öffentlich oder für den Gemeinderat waren sie nicht zugänglich. Eigentlich müssten wir heute sagen der Antrag geht zurück an den Start und wir überlegen uns eine gemeinsame Neuausschreibung zum Wohle der Welser Jugend.

GR. Wohlschlager: Ich bin persönlich kein Fan davon Organisationen untereinander zu vergleichen. Jede Organisation für sich leistet gute Arbeit. Ich weiß nicht, wer von ihnen die Räumlichkeiten des OKV vorab angesehen hat. Ich war gemeinsam mit GR. Ing. Stojanovic, BSc dort und muss ihnen sagen es wurde bisher erfolgreiche und hervorragende Arbeit geleistet.

In liebevoller Detailarbeit wurden dort auf Low-Budget-Basis die Räumlichkeiten umgestaltet. Jeder, der die Räumlichkeiten vorher kannte weiß, wieviel Arbeit dahintersteckt. Das Konzept des OKV ist vielschichtig und durchdacht, es richtet sich an Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Interessen. Schlagworte, wie Denkfabrik, Journalismus, Zeitung, Social Media, Fotografie und Videoreportagen prägen den Beschreibungstext. Mir gefällt die Idee des Stadtmagazins am besten, eine wiederkehrende Auflage von Kindern und Jugendlichen, die sich mit verschiedenen

Schwerpunktthemen in Wels beschäftigen. Jede Initiative für zusätzliche Kinder- und Jugendaktivität in unserer Stadt ist zu begrüßen. Was die Überschneidungen mit dem MKH und dem OKV betreffen, kann man aufgrund der Größe von Wels die beiden Institutionen auf jeden Fall nebeneinander bestehen lassen. Das MKH leistet hervorragende Arbeit. Ich selbst habe dort schon für meinen Verein Workshops gebucht. Die Kinder und Pädagogen sind begeistert. Als MKH hätte ich keinen Grund zur Sorge. Konkurrenz belebt das Geschäft und insofern ist es möglich, dass beide Vereine nebeneinander existieren.

Auf der Homepage des MKH findet man Workshops, Vernissagen, Filmpräsentationen und Poetry Slams. Es gibt auch hier ein Angebot für Kinder und Jugendliche, hauptsächlich im Film- und Medienbereich. Was das Konzept des OKV betrifft, so sind auch hier die Themen „Journalismus, Zeitung, Social Media und Videoreportage“ zu finden. Vor allem aber auch die Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Organisationen, die für das MKH zumindest in der Vergangenheit noch nicht so tragend war. Selbst wenn es Überschneidungen mit dem MKH geben sollte, stellt der OKV eine Bereicherung für das bestehende Angebot dar. Es gibt auch bei Fußballvereinen oder Familienorganisationen unterschiedliche Einrichtungen. Warum also nicht hier? Wer gut ist, braucht die Konkurrenz nicht zu fürchten.

GR. Mag. Drack: Beim OKV steht außer Streit, dass die Jugend mehr Angebote in der Stadt Wels braucht. Insofern ist diese Initiative sehr zu begrüßen und wird auch die Zustimmung unserer Fraktion finden. Es geht um eine Privatinitiative, die mit viel Engagement initiiert wurde. Kollegin GR. Wohlschlager erwähnte es gerade, man braucht sich das Haus nur ansehen und sieht mit wieviel Herzblut schon losgelegt wurde. Christoph Brückl hat mit seinem Projekt auch bei der MKH-Ausschreibung überzeugen können.

Besonders überzeugend fanden wir, dass Herr Brückl die vulnerablen Gruppen ansprechen möchte, weil er der Meinung ist, dass sie für die journalistische Ebene eine sehr wichtige und interessante Zielgruppe ist. Aufgrund ihrer Lebensumstände haben sie besonders viel zu erzählen.

Unserer Meinung nach sollte man dem Projekt eine Chance geben und das Miteinander vor das Gegeneinander stellen. Zum Thema Kulturbeirat ist uns wichtig, dass das Projekt nicht stirbt bzw. es keine Zeitverzögerung gibt. Der Betreiber selbst hat nichts dagegen, wenn es auch beim Kulturbeirat angesiedelt ist. Aber das Projekt sollte nicht aufgrund eines Formalismus begraben werden. Der Kulturbeirat war ja schon bei der MKH-Ausschreibung damit beschäftigt und dort hat das Projekt bereits viel Anklang gefunden.

StR. Ganzert: Beim Inhalt der Projekte gibt es gar keinen so großen Dissens, auch wir haben uns das vor Ort angesehen. Vzbgm. Mag. Schininger, GR. Huber, MPA und ich waren Am Römerwall. Ich kenne das Gebäude sehr gut, denn ich hatte dort einst einmal ein Büro des Facility Managements der Stadt Wels. Auch ich konnte sehen was sich dort schon alles getan hat. Aber worüber diskutieren wir und was bringen wir eigentlich ein? Wir wissen, dass der Verein und die Überlegungen aus einem Prozess entstanden sind, der klare Spielregeln hatte. Diese Spielregeln führten dazu, dass es einige Jahre dauerte, um ein Ergebnis zu finden. Wir wollen nichts weiter als Gleichbehandlung und – wie unser Herr Bürgermeister so gern sagt – Fair Play. Uns wurde immer kommuniziert Grundlage für den Vertrag mit diesem Verein ist das MKH, aber bei diesem Detail geht es dann nicht.

Die GRÜNE- und ÖVP-Fraktion signalisierten Zustimmung, wir werden natürlich auch zustimmen und daher mein Angebot an die NEOS und GR. Wehofsich sowie die FPÖ - bleiben wir bei Fair Play. Die Passage ist eins zu eins kopiert mit der einzigen Änderung bis wann das Projekt für das kommende Jahr vorzulegen ist - das ist ja eine Besonderheit. Dann hätten wir einen einstimmigen Beschluss. Wir fürchten uns nicht davor die Vereine gleich zu behandeln. Es geht auch nicht um den Inhalt, aber wir sind hier konsequent. Wir sagen, wenn wir die Vereine nicht gleichbehandeln, dann kann das nicht ohne Konsequenzen sein. Dann wäre es ja gleichgültig was wir reinschreiben. Wenn jemand erzwingen will, dass wir nicht zustimmen können, weil es eine Ungleichheit ist, dann ist man gegen den Antrag. Wenn man es allerdings umsetzen möchte, dann lade ich alle ein unserem Abänderungsantrag zuzustimmen.

GR. Scheinecker, BA: Eine Ergänzung zur Bewertung des OKV und MKH. Ich bin in regelmäßigem Austausch mit Christoph Brückl und mein Problem ist faire Bedingungen für beide Player zu finden. Ich finde es seltsam, dass wir das eine gesondert behandeln müssen, weil sich Herr Brückl mit seinem Verein nicht denselben Bedingungen stellen könne. Das Projekt wurde bei einer Ausschreibung eingereicht und hat gut reüssiert - man kann dies im Amtsbericht nachlesen. Es wurde auch sehr gut vom Kulturbeirat bewertet. So wie bei allen anderen Vereinen im Kulturbereich auch wollen wir eine professionelle Meinung vom Kulturbeirat haben.

Wir beschlossen eigene Richtlinien für Institutionen und für Subventionen in dieser Stadt sowie den Kulturbeirat. Ich verstehe daher nicht, warum ich für den OKV Sonderregelungen brauche. Dann müsste ich ihn ausnehmen und sagen, sie können nicht mithalten. Das glaube ich aber sehr wohl - der OKV kann sicher mithalten und hat kein Problem sich dem Kulturbeirat zu stellen. Dies bestätigt auch Herr Brückl und daher verstehe ich nicht warum man sich so dagegen wehrt. Wenn wir einen Beschluss schaffen, dann gehen wir gerne mit.

Aber ich bin absolut dagegen, dass wir einerseits strenge Richtlinien fordern, Ausschreibungen machen, Prozesse gestalten und dann macht man es nach Belieben anders. Das ist gegenüber den Steuerzahlern und zukünftigen Vereinen nicht fair, wir können nicht unterschiedliche Spielregeln nach Sympathie vergeben. Das ist auch der Grund für die Abänderungsanträge. Tom hat natürlich Recht, man hätte ihn vielleicht auch in schriftlicher Form verteilen können, allerdings ist er bloß vom MKH-Vertrag abgeschrieben mit der Änderung für das Jahresprogramm 2025. Wir dachten uns, es würde keinen großen Unterschied machen, zumal wir ohnehin die Beilagen des Amtsberichtes haben.

GR. Ing. Stojanovic, BSc: Der neue OKV soll ein neuer Hotspot für Jugendliche werden, die in die Medienarbeit hineinschnuppern wollen. Das sollen die ersten Schritte des OKV sein. Die Räumlichkeiten wurden von Herrn Brückl bereits auf sehr hohem Niveau renoviert und restauriert, damit dort das vorgestellte Konzept umgesetzt werden kann. Eine optimale Nutzung der Räumlichkeiten. Als Stadt hätten wir diese in den kommenden Jahren gar nicht benützt.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA fragte, warum es einen neuen Verein mit gleicher oder ähnlicher Tätigkeit wie das MKH geben soll. Der OKV hat eine andere Idee und ein anderes Konzept. Warum soll er nicht auch die Möglichkeit bekommen sich zu beweisen. Wenn ich einen Fußballverein gründe, soll es dann keinen zweiten Fußballverein geben, weil beide

Fußball spielen? Lieber Johnny, deine Behauptung und Begründung kann ich nicht nachvollziehen. Ich kann nur von meinem Standpunkt aus nochmals die Punkte von GR. Wohlschlager untermauern. Wir sollten dieses Projekt unterstützen. Diese beiden Konzepte sind komplett unterschiedlich. Laurien sprach vorher die Rahmenbedingungen an, das MKH hat eine komplett andere Struktur und jahrlange Erfahrung. Wir sollten daher Herrn Brückl die Möglichkeit geben uns zu beweisen, dass er mit seinem Projekt auf einem guten Weg ist und die Voraussetzungen erfüllen kann.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die ausführliche Diskussion. Es wurde die Frage gestellt, ob wir mit zweierlei Maß messen. Darauf kann man klipp und klar sagen, nein, wir messen nicht mit zweierlei Maß! Es gibt verschiedene Zugänge, was das MKH und den OKV betrifft, wie Kollegin GR. Ing. Stojanovic, BSc ausführlich erklärte.

Ich bin nicht derselben Meinung wie Kollege GR. Reindl-Schwaighofer, MBA, dass Herr Brückl die Überholspur nahm. Nein, ganz im Gegenteil. Gerade im Bereich Jugend und Kultur haben wir mehrspurige Fahrbahnen, die verschiedene Abbiegeäste bieten, wo man seine Fahrt fortsetzen kann. Wir sind uns aber einig, dass dieses „Mehr“ an Jugendangebot durchaus sehr sinnvoll ist und ich möchte schon noch erwähnen, dass der OKV auf alle Fraktionen zugegangen ist und grundsätzlich eine positive Beurteilung erhalten hat. Die Ausschreibung war nie ein Thema.

Die Kollegin GR. Scheinecker, BA fragt, warum wir keine Befassung des Kulturbeirates von Beginn an haben. Aus dem Grund, weil wir dann einen Kulturbeirat, den Jugendausschuss und den Kulturausschuss haben. Das heißt, wir befassen drei Institutionen für diesen Bereich. Wenn wir auch sonst von Bürokratieabbau sprechen, hier würde die Bürokratie wieder stark aufleben.

Wir diskutierten auch schon darüber, dass es jedem Mitglied des Jugendausschusses unbenommen ist mit dem Kulturbeirat Kontakt aufzunehmen und um seine Meinung zu einem bestimmten Programm zu bitten. Das ist durchaus erlaubt. Aber wir wollen kein „Muss“ schaffen, dass der Kulturbeirat im Vorfeld schon damit befasst wird und eine Empfehlung geben muss. Danach müssten wir wieder in den Jugend- oder Kulturausschuss gehen. Wir sind der Meinung, das ist einfach nicht notwendig.

Es gibt auch noch zwei wesentliche Unterschiede: Der OKV suchte um eine Subvention an, d.h. es gibt einen Mietvertrag und eine Subventionsvereinbarung. Das MKH hat einen Dienstleistungskonzessionsvertrag. Auch hier gibt es durchaus Unterschiede, wenn wir hier schon so genau sind. D.h. wir werden den Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion ablehnen, dem Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion kann man jedoch zustimmen.

Der Abänderungsantrag (Anlage 13) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 11 Ja-Stimmen (SPÖ-Fraktion, GRÜNE-GR. Faber und GR. Schatzmann)  
und 24 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion, GRÜNE-GR. Mag. Drack, GR. Ylmaz, MFG)  
1 Stimmenthaltung (NEOS)

abgelehnt.



Der Abänderungsantrag (Anlage 14) der ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 26 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, MFG)  
und 9 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)  
1 Stimmenthaltung (NEOS)

angenommen.

Der Antrag zu Punkt 12. der Tagesordnung wird mit

gegen 26 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, MFG)  
und 9 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)  
1 Stimmenthaltung (NEOS)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung, übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

Berichterstatter Vizebürgermeister Mag. Klaus Schininger

13.)

FH-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Michael Rabl, MBA,  
4076 St. Marienkirchen/P.;  
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD  
BdB-325-01-5-2024

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 24.06.2024:

Herrn FH-Prof. Dipl. Ing. Dr. Michael Rabl MBA, 4076 St. Marienkirchen/P., wird in Würdigung seiner hervorragenden Leistungen und Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl nimmt wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

14.)

Weiterführung der sozialen Familienförderung  
„Familienförderbeitrag“ bzgl. Nachmittagsbetreuung von  
Kindern ab 30 Monate bis zum Schuleintritt  
KI-110-5-2024

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Bildungs- und Gesundheitsausschuss  
am 20.06.2024:

Die Weiterführung der sozialen Familienförderung „Familienförderbeitrag“ für das  
Kindergartenjahr 2024/25 für Welser Kinder betreffend der Nachmittagsbetreuung von  
Kindern bis zum Schuleintritt wird beschlossen.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Ich möchte nicht verhehlen, dass wir als SPÖ-Fraktion dafür  
wären auch die Nachmittagsgebühr grundsätzlich zu erlassen. D.h. das Land  
Oberösterreich wäre auch hier in der Verpflichtung nicht nur die Vormittagsbetreuung gratis  
anzubieten, sondern auch die Nachmittagsbetreuung. Natürlicherweise verbunden mit  
Kostenersätzen für die jeweiligen Gemeinden, denn es kann nicht sein, dass das Land  
irgendetwas beschließt und die Kommunen, wie in vielen anderen Fällen, auf den Kosten  
sitzen bleibt.

Der Antrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an  
Vzbgm. Mag. Schinninger.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

14.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem  
die Tarifordnung für kulturelle Veranstaltungen, Museums- und  
Galerieeintritte der Dst. Kultur und Wissen beschlossen wird  
(Tarifordnung für kulturelle Veranstaltungen,  
Museums- und Galerieeintritte 2024)  
K-065-2-2024 miterledigt:  
M-062-05-1-2024

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss  
am 17.06.2024:

Die beiliegende Tarifordnung für kulturelle Veranstaltungen, Museums- und Galerieeintritte 2024 wird beschlossen.

StR. Rammerstorfer: Ein Teil dieser Tarifierfassung – insbesondere bei den Gruppentariifen – erscheint uns durchaus sinnvoll, nachvollziehbar und auch sozial verträglich. Bei den Museen der Stadt und in den Minoriten sowie in der Galerie allerdings nicht. Hier lag der Einzeleintritt bis zum 1. September des Vorjahres bei € 4,50 für Erwachsene und wird jetzt wieder mit 1. September auf € 7,-- erhöht. Für Kinder steigt der Preis von € 2,-- auf € 3,--, für Familien mit Familienkarte von € 9,-- auf € 14,-- und für Senioren und Studenten steigt dieser von € 2,-- auf € 5,-- innerhalb eines Jahres. Das erscheint uns ein bisschen vermessen.

Ich weiß, es geht hier nicht um so existenzielle Notwendigkeiten, wie das günstige Parken eines Autos, sondern nur um Kultur und Bildung. Nichtsdestotrotz finde ich diese Erhöhungen etwas befremdlich. Die Komplexität ist natürlich auch den vielen Häusern geschuldet. Bei 56 verschiedenen Tarifen kann vielleicht in Zukunft eine gewisse Entbürokratisierung durchgeführt werden. Bei der Diskussion über die Parkgebühren war es gänzlich unmöglich zwei verschiedene Tarife einzuführen. Wir werden diesen Punkt nicht mittragen. Die allermeisten Tarife erscheinen ja durchaus sinnvoll und nachvollziehbar, aber bei einigen passt uns das wirklich nicht.

StR. Dr. Oberndorfer: Lieber Kollege StR. Rammerstorfer, ich muss dich hier ordentlich berichtigen, denn du musst dir den Text genau ansehen. Du hast die erste Spalte „Gegenüberstellung der Tarifordnung der städtischen Museen 2012“ vorgelesen – also die Tarife aus dem Jahr 2012. In der zweiten Gruppe, zweite Spalte steht dann „indexangepasste Tarife aus 2023“. Das heißt, was man 2012 im Gemeinderat beschlossen hat wird indexiert. Wir hatten doch einiges an Inflation in den letzten Jahren. Dann finden wir in der dritten Spalte die neuen Tarife.

Bei genauerer Betrachtung hatten wir z.B. bei den Erwachsenen 2012 € 4,50, ab 1. September 2023 nach der Indexanpassung € 6,10 und jetzt sind wir bei € 7,--. Diese 90 Cent Erhöhung entsprechen ungefähr der Inflation im vergangenen Jahr. Bei den Kindern und Schülern lagen wir 2012 bei € 2,-- Einzeleintritt, ab 1. September 2023 bei € 2,80 und jetzt bei € 3,--. Auch hier wurde lediglich die Anpassung an die Inflation des letzten Jahres vorgenommen und auf einen geraden Betrag aufgerundet. Es macht wenig Sinn € 2,97 Eintritt zu verlangen.

Ich sehe das Museum als sehr wesentliche Bildungseinrichtung in dieser Stadt. Die wesentlichste Kundengruppe des Museums sind die Schüler, vor allem wenn sie im Klassenverband kommen. Daher war es mich wichtig hier tatsächlich eine Preisreduktion durchzuführen. Hier hatten wir 2012 € 1,50, derzeit € 2,10 und in Zukunft trotz Inflation € 2,--. Wir haben hier noch einmal auf einen runden Betrag reduziert, damit es für unsere Zielgruppe, die wir erreichen wollen, günstiger wird. Die Kinder und Jugendlichen, die als Schulklassen zu uns in die städtischen Museen kommen, sind unsere wichtigste Zielgruppe und daher wurde hier sogar eine Preisreduktion vorgenommen.

Tut mir leid Thomas, dass ich das jetzt so sagen muss, aber da warst du etwas fehlgeleitet. Ich hoffe, ich konnte das jetzt hier richtigstellen. Es ist keine Preiserhöhung, sondern eine Inflationsanpassung bzw. bei den Schülergruppen sogar eine Reduktion.

StR. Rammerstorfer: Ich sagte durchaus einen großen Teil dieser Tarifierung gut und richtig zu finden. Der Preis der Studenten und Senioren wird jetzt von € 2,80 (2023) auf € 5,- erhöht. Dass wir dieses Jahr eine Inflationsrate von ca. 45 % hatten, ist an mir vorbeigegangen. Nichtsdestotrotz sind wir in einigen Punkten unterschiedlicher Meinung und wir haben beide die Punkte herausgesucht, die unsere jeweiligen Argumentationen stützen. Wir sehen es – wie schon gesagt – durchaus auch positiv und können das auch nachvollziehen – allerdings nicht in allen Punkten.

Der Antrag zu Punkt 15. der Tagesordnung wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)  
4 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Christiane Kroiß, GR. Aspetzberger und GR. Vogl sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

16.)

Verein „Medien Kultur Haus, Verein zur Förderung der Jugendkultur“, Wels, Pollheimerstraße 17;  
Abschluss eines Dienstleistungskonzessionsvertrages  
K-066-10-2022

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 17.06.2024:

Beiliegender Dienstleistungskonzessionsvertrag mit dem Verein Medien Kultur Haus, Verein zur Förderung der Jugendkultur mit einer jährlichen Fördersumme von € 170.000,00 wird beschlossen.

StR. Rammerstorfer: Es freut mich, dass dieses Projekt jetzt in dieser Art und Weise seine Fortsetzung findet. Es war eine schwere Geburt und ich möchte mich besonders bei Boris Schuld und Elisabeth Zach, bei ihrem Team und allen Unterstützern des Vereins, Ehrenamtlichen etc. sehr herzlich bedanken. Ich weiß, es ist wirklich aufreibend, wenn man jahrelang im Unklaren ist wie es beruflich bzw. mit einem Projekt weitergeht, in welches sehr viel Herzblut hineingesteckt wurde und mit welchem die Existenz verbunden ist. Es geht dabei um Jobs und um Leute mit Kindern, die Verantwortung haben. Aus Gesprächen weiß ich, dass man hier über eine lange Zeit in so einer Unsicherheit lebte.

Danke an die MKH-Mitarbeiter, dass sie drangeblieben sind. Wie gesagt, es war eine schwere Geburt, aber die Eltern und das Kind sind wohlauf. Es wird sicher so weitergehen und das neue Projekt „MKH-Studios“ hat jetzt die besten Voraussetzungen zum Wachsen

und Gedeihen. An dieser Stelle noch einmal alles Gute und toi toi toi für das weitere Fortleben dieses Projektes.

GR. Reindl-Schwaighofer, MBA: Wer das Medienkulturhaus schon länger kennt weiß, dass sie einige wichtige Sachen immer geschafft haben. Es gab in den Jahrgängen der Zielgruppen immer sehr engagierte Menschen, sodass die Übergänge von einer Generation zur nächsten immer gut funktionierten. In Vereinen und in den Initiativen ist das oft ein Problem. Aus diesem Haus gingen sehr wichtige Personen der österreichischen Kulturszene hervor, wie z.B. Herr Peter Schernhuber, der in Graz mit seinem Partner wirklich Hervorragendes leistete und nun im Ministerium für die Filmarbeit in Österreich zuständig ist.

Sie haben die verschiedensten Facetten der Jugendarbeit dazu nutzen können um Menschen zu fördern. Dabei haben sie aber nie die Wichtigkeit der Schul- und Kinderführungen für die Medienarbeit übersehen. Kritischer Medienumgang wurde mittlerweile ein ganz wesentlicher Punkt in unserem Leben. Aus diesem Grund sprechen wir beim MKH von einer hohen Arbeitsqualität. Dort arbeiten wirklich fähige Menschen, die über die nötige Qualifikation und Erfahrung verfügen und somit genau wissen was sie tun. Deshalb können wir stolz sein sie in unserer Stadt zu haben. Wenn man im Kulturbereich über die Stadtgrenze hinaus unterwegs ist, so ist das MKH eine der Einrichtungen, auf die man angesprochen wird. Nicht zuletzt durch die „Youki“, die weit über Österreich und sogar über Europa hinausstrahlt. Deshalb freut es mich, dass es trotz „widriger Umstände“ so hervorragend bei den Präsentationen und Diskussionen abgeschnitten hat und wir heute gemeinsam diesen Vertrag beschließen können. Ich gratuliere allen, die daran im MKH gearbeitet haben, weil es eine Zeitlang nicht so selbstverständlich war.

GR. Ebetshuber: Seitdem ich in diesem Gemeinderat und auch Teil des Kulturausschusses bin, war es mir immer ein Anliegen das MKH besser oder auf eine andere Art kennenzulernen. Leider war mir das lange Zeit nicht möglich, weil Veranstaltungen wenig präsent und nicht sichtbar waren.

Gekannt habe ich es als Mutter nur von den Geburtstagsfeiern meiner Tochter bzw. Schulbesuchen. Das MKH ist bei Lehrern und Schülern ein ganz fixer Bestandteil und in diesem Bereich ausgebucht. Bei Insidern ist das MKH über unsere Stadtgrenzen hinaus viel verbreiteter und bekannter als bei uns in Wels. Dann begann die Ausschreibung und dieser Prozess, mit dem das MKH präsenter und sichtbarer wurde. Es bekam eine neue Homepage und auch in den sozialen Medien wurden sie durch Posten von Veranstaltungen sowie Veranstaltungsnachberichte sichtbarer. Außerdem wurden neue Formate kreiert, die von den Besuchern sehr gut angenommen wurden – auch von mir. Mittlerweile durfte ich schon sehr viele lustige Stunden in diesem Haus verbringen.

Wir freuen uns, dass mit dem neuen Konzept „MKH-Studios“ dort bewährte Formate Platz gefunden haben, aber auch neue kommen werden. Wir freuen uns auch über die stärkere Einbindung der Welser Vereine und Einrichtungen, um das Haus innerhalb von Wels noch bekannter zu machen. Alles Gute, Danke für die bisherige gute Zusammenarbeit und herzliche Gratulation zu diesem Abschluss und für den Fortbestand.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Ich wünsche dem Medienkulturhaus viel Erfolg. Wie die Ausschreibung zeigte, freue ich mich besonders, dass sich das Medienkulturhaus neue Formate überlegte, um breiter aufgestellt zu sein und ein bisschen offener zu werden. Auf das freue ich mich!

Der Antrag zu Punkt 16. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Mag. Schinninger dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Stadtrat Ralph Schäfer BSc MSc

17.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die  
Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015  
(Änderung Nr. 84) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes  
Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 41)  
BauR-269-05-1-2020  
BauR-269-05-10-2020  
BauR-269-05-11-2022

Der Antrag (Anlage 19) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 24.06.2024:

Die beigegefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (84. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (41. Änderung) wird beschlossen.

Der Antrag zu Punkt 17. der Tagesordnung wird mit

|       |  |
|-------|--|
|       | <u>31 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, SPÖ-Fraktion ohne<br>GR. Scheinecker, BA + GR. Mag. Stöger Müller, MFG) |
| gegen | <u>2 Stimmenthaltungen</u> (SPÖ-GR. Scheinecker, BA + GR. Mag.<br>Stöger Müller)   |

angenommen.

GR. Schatzmann und GR. RegRat Zaunmüller sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend. Bgm. Dr. Rabl nimmt wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

18.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 103/1.45 (Stadtteil Innenstadt)  
BauR-269-06-6-2023

Der Antrag (Anlage 20) lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 24.06.2024:

Die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 103/1.45 (Stadtteil Innenstadt) wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Stefan Ganzert

19.)

Vereinbarung mit dem Land Oberösterreich  
zur Errichtung eines Gehsteiges in Mitterlaab  
sowie eines Gehsteiges inkl. Fahrbahnteiler in Oberthan  
– Stadtgebiet Wels  
BauD-BauS-84-2024

Der Antrag (Anlage 21) lautet nach Vorberatung im Mobilitätsausschuss am 25.06.2024:

1. Beiliegende Bestätigung betreffend die Finanzierung eines Gehsteiges an der L531 Schartener Straße inkl. Merkblatt (Beilage 1) betreffend Finanzierung zur Errichtung eines Gehsteiges in Mitterlaab (Bereich Eferdinger Straße 240) mit einer voraussichtlichen nicht umsatzsteuerbaren Summe von € 93.100,00 sowie die
2. Bestätigung betreffend die Finanzierung eines Gehsteiges inkl. Fahrbahnteiler mit Querungshilfe an der L519 Innbachtalstraße inkl. Merkblatt (Beilage 2) eines Gehsteiges inkl. Fahrbahnteiler mit Querungshilfe Oberthan (Bereich Oberthan 1) mit einer voraussichtlichen nicht umsatzsteuerbaren Summe von € 253.500,00

und somit insgesamt mit einer voraussichtlichen nicht umsatzsteuerbaren Summe von € 346.600,00, jeweils mit dem Land Oberösterreich, Amt der Oö. Landesregierung, Bahnhofplatz 1, 4021 Linz, wird beschlossen.

GR. Schiefermayr: Die Notwendigkeit und Wichtigkeit wurden schon vom Referenten betont. Natürlich ist es in erster Linie ein Sicherheitsaspekt für unsere Kinder, Jugendlichen und Fußgeher. Wir möchten schon darauf hinweisen, dass das Projekt schnellstmöglich zur Umsetzung kommt.

StR. Ganzert: Danke lieber Ronny, ich wünsche mir genauso eine schnelle Umsetzung und hoffe, dass es dem Land gelingt schnell etwas zu lösen. Wir wären bereit, wir haben die Beschlussfassung und die finanziellen Mittel. Die Bewohner und vor allem die Kinder haben sich diese Sicherheit auch verdient.

Der Antrag zu Punkt 19. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Martin Oberndorfer

20.)

Mag. Karin und Mag. Gernot Kremser, Linz;  
Halle zur Lagerung musealer Gegenstände in Wels, Charwatstraße 4;  
Vertragsänderung zum Mietvertrag vom 01.04.1999 bzw. 07.04.2009  
KB-M-55-1997

Der Antrag (Anlage 22) lautet nach Vorberatung im Wirtschaftsausschuss am 17.06.2024:

Beiliegende Vertragsänderung zum Mietvertrag vom 01.04.1999 (Beilage ./1) betreffend der Ausweitung der Kündigungsfrist auf 12 Monate und der Änderung der Vermieter auf Mag. Karin Kremser und Mag. Gernot Kremser wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Thomas Rammerstorfer

21.)

Geschäftsstelle für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Wels  
nach dem Oö. Abfallwirtschaftsgesetz 2009;  
Maßnahmen- und Finanzplan 2024  
SD-AWi-527-2024



Der Antrag (Anlage 23) lautet nach Vorberatung im Umweltausschuss am 11.06.2024:

Der vom Bezirksabfallverband Wels-Land, 4600 Thalheim, Am Thalbach 110, vorgelegte Maßnahmen- und Finanzierungsplan 2024 wird in einem Rahmen von € 99.354,00 netto bzw. € 119.224,80 brutto und mit den daher einhergehenden monatlichen Akontozahlungen von € 8.280,00 netto bzw. € 9.936,00 brutto, beschlossen.

GR. KR. Schönberger: In etwa einem halben Jahr kommt die neue Abfallverordnung betreffend der PET-Flaschen. Hier wird sich das Müllvolumen doch erheblich verringern. Gibt es eine Aufklärungskampagne, wie diese Dinge dann zurückzugeben sind? Denn es wird ja alles ganz anders als wir es die letzten 20 Jahre gewohnt sind. Wird dazu etwas präsentiert oder warten wir auf den 01. Jänner 2025 bis wir die Bevölkerung darüber aufklären? Es wird sich ja das Müllvolumen auch im Sinne der GRÜNEN dramatisch verringern. Wann startest du mit deiner Kampagne für die Stadt Wels?

StR. Rammerstorfer: Es gab schon eine Reihe von Presseaussendungen zum Thema – die letzte vor einigen Tagen. Natürlich wird es auch auf Bundesebene eine Informationskampagne geben - im Internet, im TV, mit Inseraten etc. In erster Linie handelt es sich hier um ein Bundesgesetz, das wir hier vollziehen. Es wird natürlich auch auf lokaler Ebene in gewohnter Art und Weise eine intensive Presse- und Medienarbeit zum Thema geben. Es hat bislang noch ein bisschen gedauert, weil in den Verhandlungen Detailfragen noch nicht ganz geklärt waren. Es war z.B. ein Wunsch der Abfallwirtschaft Pfandflaschen oder Pfand Dosen in den ASZ zurückgeben zu können. Bis vor kurzem war nicht ganz klar welche Fraktionen an Leicht- und Metallverpackungen weiterhin in den ASZ zurückgegeben werden können. Das hat sich in den letzten Tagen und Wochen geklärt und dementsprechend gibt es hier auch die ersten Presseaussendungen der Öffentlichkeitsarbeit. Inwieweit das seinen Widerhall in den Medien findet, ist natürlich eine andere Frage und liegt nicht in meiner Verantwortung. Ich gehe davon aus, hier sehr breit und auch auf Bundes-, Landes- oder sonstigen Ebene informiert zu werden.

Der Antrag zu Punkt 21. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

22.)

Einantwortungsbeschluss der Verlassenschaft  
Helmut Franz PETER  
SD-StaG-Th-7-2024

Der Antrag (Anlage 24) lautet nach Vorberatung im Umweltausschuss am 25.06.2024:

Beiliegendes Abhandlungsprotokoll (Beilage ./1), in der Verlassenschaft nach dem am 25.05.2023 verstorbenen Herrn Helmut Franz PETER (geb. 25.07.1946), in welcher das

gesamte Inventar aufgelistet und der Antrag auf Einantwortung in den Nachlass gestellt wird, mit einem derzeitigen Reinnachlass von insgesamt € 276.246,67 wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Bgm. Dr. Rabl: Liebe Kollegen, das war heute die letzte Sitzung vor der Sommerpause. Ich bedanke mich bei allen Anwesenden, dass wir in dieser Art und Weise eine politische Diskussion führen können. Sie wird zum Teil zwar etwas ruppiger geführt, aber es gibt immer noch eine Gesprächsbasis zueinander, egal welche Partei es betrifft. Wir können uns noch in die Augen sehen und geben uns die Hand, wenn wir uns begegnen. Das ist bei anderen offensichtlich nicht mehr ganz so üblich und das finde ich bedauerlich.

Insofern bedanke ich mich für die Debattenkultur, für den Umgang und für die über weite Strecken konstruktive Beteiligung sowie das konstruktive Abstimmungsverhalten. Ich ersuche den Herrn Magistratsdirektor meinen Dank für die gute Vorbereitung der Sitzungen an die Beamtenschaft weiterzuleiten, denn hinter vielen Beschlüssen steckt sehr viel Arbeit. Das weiß man erst, wenn man sich als Referent mit den dahinterliegenden Problemen beschäftigt bzw. was alles gelöst werden muss. Weiters bedanke ich mich für die Geduld der Zuschauer. Bei wichtigen Debatten wird diese manchmal strapaziert bis es zum Abstimmungsergebnis kommt. Es gehört zu einem demokratischen Diskussionsprozess, dass jeder seine Meinung äußern darf.

Ich wünsche allen einen erholsamen Urlaub, schöne Ferien und hoffe alle gesund und erholt wiederzusehen. Aus politischen Erwägungen wünsche ich manchen unglaublichen Tatendrang, bei anderen wünsche ich mir das nicht. Alles Gute, schöne Ferien und viel Glück!

### **H I N W E I S für Internet-Nutzer:**

*Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 21.10.2024 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.*